



Dat Pöggskén

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

**Guten Tag,
liebe Leserin
und lieber
Leser.**

Das Jahr neigt sich dem Ende zu, aber dennoch will sich die Ruhe der Adventszeit nicht einstellen, ob der schrecklichen Ereignisse in Paris und Beirut, die uns den Zustand der Welt krass vor Augen führen.

Den launigen Schwenk auf die vor Ihnen und Euch liegende Pöggskenausgabe sparen wir uns dieses mal, nicht ohne den Hinweis auf unsere Hoffnung, dass uns zu Ostern wieder danach sein wird.

Nutzen wir die vor uns liegenden besinnlichen Tage und Wochen auch dazu, über besonnene Lösungen der Konflikte nachzudenken, vor denen so viele Menschen zu uns fliehen. Die Attentate in Paris lassen uns den Schrecken ahnen, den es bedeutet, solchen Terror täglich zu erleben.

Und nun wünschen wir Ihnen gleichwohl eine friedliche und schöne Weihnachtszeit.

Kaufen Sie Ihre Geschenke bei einem Bummel durch Telgte, anstatt Ihr Geld den Internetgiganten zu geben, die ihre 12 Euro Fuffzig Steuern pro Monat in Luxemburg entrichten!

Ihre Pöggskénredaktion

Bis zum Horizont gehts weiter?



Neue Baugebiete in Telgte

In der aktuellen Niedrigzinsphase sind die Bauplätze im Telgter Südosten schneller vergriffen, als noch vor einigen Jahren erwartet wurde. Neben der Nachfrage aus Telgte selbst bauen auch immer mehr Familien von außerhalb Telgtes am Rande der Drostegärten.

Einerseits spricht dies für die Attraktivität der Stadt

Telgte mit ihren eigenständigen sozialen und kulturellen Angeboten.

Andererseits muss befürchtet werden, dass dies zu einer zu schnellen Ausschöpfung der im Regionalplan dargestellten Flächen führen wird, so dass dann in späteren Jahren keine neuen Flächen mehr von der Regionalplanung genehmigt werden. Auch das

Argument von CDU und FDP stimmt so nicht, dass ein großes Angebot in Telgte zu stabilen oder sinkenden Grundstückspreisen führt wird. Die Nachfrage aus Münster zeigt vielmehr, dass die Preise vielmehr durch das Gesamtangebot im Umland von Münster bestimmt werden. Ob Telgte 50 Grundstücke mehr oder weniger ausweist, hat da kaum

Einfluss auf die Preise.

Die Grünen fordern deshalb die kompakte Stadt mit einem langsamen Wachstum, um die Balance zwischen Altstadt und Wohngebieten am Stadtrand zu wahren.

Die Weiterentwicklung unserer Stadt muss verstärkt nach sozialen und ökologischen Aspekten erfolgen.

Fortsetzung auf Seite 2

„Oelde steht auf!“

Unter diesem Motto fand am 16.11 eine Demonstration mit rund 2300 TeilnehmerInnen in Oelde statt. Anlass war eine Kundgebung des AfD Kreisverbandes zur Asylpolitik.

Fortsetzung auf Seite 2



Grünes Adventsrätsel

Jeden Adventssonntag veröffentlichen wir eine Frage auf unserer Facebookseite. Ihr habt eine Woche Zeit die Frage zu beantworten. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir jeweils einen Preis!

Preise:

- 29.11: Gutschein vom Bioladen
- 06.12: Gutschein vom Eine-Welt Laden
- 13.12: Gutschein von LesArt
- 20.12: Ein Telgte-Bon

Teilnahme und aktuelle Infos aus der Kommunalpolitik auf

facebook.com/gruenetelgte

Das Gewinnspiel steht nicht in Verbindung mit Facebook. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen

++++ Interview W. Pieper: Seite 3 ++ Frauenhaus: Seite 5 ++ Umflutbrücke : Seite 7 ++ Parkplätze: Seite 10 ++ Pflgende Angehörige: Seite 12 ++ Flüchtlingshilfe : Seite 13 ++ AfD : Seite 16 ++++

Es reicht hinten und vorne nicht

Seit Jahren lebt Telgte mit nicht ausgeglichenen Haushalten. Da seit einigen Jahren das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) jedes Jahr eine Konzernbilanz verlangt, zeigt sich, dass dieses sogenannte „strukturelle Defizit“ die „Allgemeine Rücklage“ - das ist das errechnete Vermögen der Stadt durch ihre Liegenschaften, Straßen und Gebäude, abzüglich aller Rückstellungen und Schulden - jedes Jahr um mehrere Millionen verringert.

Bisher hat Telgte es immer geschafft, „genehmigungsfähige“ Haushalte aufzustellen, was bedeutet, dass die allgemeine Rücklage um nicht mehr als fünf Prozent verringert wird. Das reicht zwar, um

einem Haushaltssicherungskonzept mit weitreichenden Folgen für die Handlungsfähigkeit der Stadt zu entgehen, ist aber weit entfernt von dem eigentlich sinnvollen Ziel eines ausgeglichenen Haushalts.

Und trotz dieser prekären Lage gehört Telgte damit immer noch zu der besser gestellten Hälfte der Kommunen im Land. Etwa die Hälfte der 396 Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen unterliegen der Haushaltssicherung. Nur 25 Kommunen konnten 2014 einen wirklich ausgeglichenen Haushalt aufstellen - das Gesamtdefizit der Kommunen in NRW betrug 1,5 Milliarden Euro. Das zeigt deutlich, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen

in NRW nicht ausreicht.

Die Stadt selber kann ihre Einnahmen erhöhen, indem sie Grund- und Gewerbesteuern anhebt. Abgesehen davon, dass auf diese unpopulären Mittel nicht gerne zurückgegriffen wird, gibt es dabei „Rebound-Effekte“, da die Stadt wegen ihrer dann erhöhten Steuerkraft eine höhere Kreisumlage zahlen muss und sich gleichzeitig die Schlüsselzuweisungen vom Land verringern. Außerdem stellen sich natürlich Fragen nach der Zumutbarkeit oder sogar nach Belastungsgrenzen für BürgerInnen und Unternehmen.

Um das eigentliche Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu erreichen, eignet sich dieses Mittel sowieso nicht -

höchstens um die letzte Lücke eines knapp genährten Haushalts zu schließen.

Und was macht das Land? Das hat realistisch betrachtet auch kein Geld, dafür aber ebenfalls viele und teure Aufgaben. Über Lehrermangel und Schlaglöcher regt sich jeder zu Recht auf.

Aber auch in Düsseldorf müssen, angesichts eines Haushaltsdefizits von über zwei Milliarden Euro, dringende Maßnahmen zurückgestellt werden.

Und der Bund? Der laboriert an seiner schwarzen Null. Allein der Bund hat aber die Stellschrauben in der Hand, für Abhilfe zu sorgen. Eine Vermögenssteuer von jährlich einem Prozent auf Vermögen über zwei Milli-

onen Euro brächte den Ländern 11,5 Milliarden zusätzlich in die Kassen. Auch ist es nicht wirklich schlüssig, dass Geld, das allein mit Geld „verdient“ wird, niedriger besteuert wird, als das durch Arbeit.

Ansprüche und Notwendigkeiten bei der Erledigung öffentlicher Aufgaben können nur bei entsprechenden Einnahmen erfüllt werden, und das seit Jahrzehnten erkannte Auseinanderdriften hoher und niedriger Einkommen muss irgendwann mal Konsequenzen haben. Beides kann gleichzeitig erledigt und der Unmut über fehlende öffentliche Leistungen am besten in Solidarität umgemünzt werden.

g.k.

„Oelde steht auf!“

Fortsetzung von Seite 1

Auch rund 30 TelgterInnen machten sich auf den Weg nach Oelde um der rechtspopulistischen Stimmungsmache entgegenzutreten. Der Ortsverband der Grünen hatte hierfür eigens einen Bus organisiert, um allen eine leichte Anreise zu ermöglichen.

In Oelde formierte sich ein breites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Vereinen und stellte eine bunte Versammlung auf die Beine. Marian Husmann, Sprecher der Grünen Telgte erklärte hierzu: „Rassismus, Intoleranz und populistische



Stimmungsmache auf Kosten der schwächsten unserer Gesellschaft haben im Kreis Warendorf keinen Platz! Die AfD begeht geistige Brandstiftung, wenn führende Mitglieder den Schießbefehl auf

Flüchtlinge befürworten oder Methoden des Holocaust verharmlosen. Wir stellen uns dem entgegen und zeigen der AfD, dass sie im Kreis Warendorf nicht erwünscht ist.“

m.h.

Neue Baugebiete in Telgte?

Fortsetzung von Seite 1

Neuweisungen von Bauflächen müssen die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Kapazität der Kläranlage, etc. berücksichtigen. Deshalb wollen wir Nachverdichtung gegenüber Neuweisung bevorzugen, bezahlbaren Mietwohnungsbau stärken und die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft ggf. im Verbund mit Nachbargemeinden (analog ETO oder TEO) anstoßen. Bei allen wei-

teren Planungen sollten die Bedürfnisse der Telgter Stadtgesellschaft im Vordergrund stehen.

Für weitere Entscheidungsfindungen sind erst folgende Fragen zu klären:

Wann ist mit der kompletten Belegung der vorhandenen ausgewiesenen Bauflächen zu rechnen?

Welche Konzepte hat die Stadtverwaltung in der Vorbereitung, um auf weitere Nachfrage zu reagieren?

Welche Grundlagenerhe-

bungen sind aus Sicht der Stadtverwaltung notwendig, um eine weitere bauliche Ausbreitung der Stadt zu planen?

Welche Entwicklungspotenziale sieht der geltende Regionalplan Münsterland vor?

Muss eine Siedlungsfläche unbedingt zwischen Wolbecker und Alverskirchener Straße entwickelt werden oder gibt es auch andere Möglichkeiten, um das „Bocholter Modell“ (mit dem die Stadtdie Wertsteigerung durch die Umwandlung in Bauland zum Teil abschöpft

Stühlerücken in der grünen Ratsfraktion



Uli Schlösser



Bernhard Drestomark

In der grünen Ratsfraktion hat es Mitte September den ersten Wechsel in dieser Ratsperiode gegeben. Uli Schlösser hat sein Mandat aufgegeben, weil er in der Kreistagsfraktion den Sprecherposten übernommen hat und sich auf diese Arbeit konzentrieren möch-

te. Nachgerückt ist Bernhard Drestomark, ein alter Hase in der Telgter Kommunalpolitik. Er hat auch sofort den Sitz im Hauptausschuss von Britta Sporcket übernommen, Britta führt Ulis Arbeit als Vorsitzende des Schulausschusses fort.

g.k.

Anm. d. Red.) anzuwenden?

Seit Jahren fordern die Grünen die Ausweisung von Mietwohnungsflächen in der Nähe der Versorgungszentren. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung hierfür?

Das letzte Baugebiet zeigt, dass viele Bauwillige auf die Solaranlagen zur Energiegewinnung setzen. Wie will die Stadtverwaltung dies in der zukünftigen Planung besser berücksichtigen? Gibt es hierfür Förderprogramme des Landes, die im Planungsprozess be-

rücksichtigt werden müssen.

Von Haus Droste bis zur Alverskirchener Straße gibt es eine fußläufige Verbindung in einem Grünzug. Kann sich die Verwaltung vorstellen, so wie die Grünen dies tun, diese Verbindung zu einem Rundweg um die südliche Stadt weiterzuentwickeln, zu einem „äußeren Stadthagen“?

Welche Möglichkeiten gibt es, um die Leitidee des langsamen Wachstums zu verwirklichen?

u.w.

„Mal wieder im Pro-Chor singen“

Interview mit Wolfgang Pieper



Dat Pöggskén:
Lieber Wolfgang, bevor Du 2010 Bürgermeister in Telgte geworden bist, hattest Du eine Teilzeitstelle beim Landschaftsverband und erwecktest durchaus den Eindruck, mit der Beschaulichkeit Deines Alltags zufrieden zu sein. Wie bist Du mit dem wesentlich höheren Zeitaufwand im Amt des Bürgermeisters klargekommen? Rechtfertigt der Rückblick auf Deine erste Amtszeit den Verzicht auf den anderen Teil Deines damaligen Lebens?
Ich habe den Schritt zu kei-

ner Zeit bereut und bin wirklich gern Bürgermeister für die Telgterinnen und Telgter. Den hohen Einsatz für unsere Stadt hatte ich damals angekündigt und auch das macht mir nach wie vor Spaß.
Durch die riesige Aufgabe der Verwaltung, die vielen Flüchtlinge unterzubringen, hat sich Dein Arbeitspensum nochmal deutlich erhöht und eine Lösung ist bisher nicht wirklich abzusehen. Haderst Du manchmal mit dem Tag, an dem Du Deine erneute Kandidatur bekannt gegeben hast?

Der Gedanke könnte einem durchaus manchmal kommen. Aber nein, ich hadere nicht damit, denn mir ist ja bewusst gewesen, dass ich meine Aufgaben als Bürgermeister nicht nur in den „guten Zeiten“ erfüllen muss, sondern gerade auch dann, wenn es schwierig wird. Ich habe Verantwortung übertragen bekommen und fühle mich ihr gewachsen. Allerdings ist das Thema der Flüchtlingsunterbringung ein besonders nahegehendes, weil es um Menschen geht und nicht um abstrakte Verwaltungsvorgänge. Und ich sehe den hohen Einsatz der ehrenamtlichen Unterstützer/innen wie auch meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Hause und zolle dem höchsten Respekt.

Wie könnte Deiner Meinung nach eine Lösung für die Flüchtlinge aussehen, die die Verwaltung wieder in einen „normalen“ Arbeitszustand versetzt?

Es wird nach meiner Einschätzung keine schnelle Entspannung der Situation geben. Solange es so drastische Fluchtursachen wie Krieg, Verfolgung und Vertreibung gibt, werden sich Menschen auf den Weg zu uns in die Sicherheit Europas machen. Selbstverständlich müssen die Asylverfahren

schneller werden, selbstverständlich müssen Bund und Länder ihre Verantwortung ernster nehmen – aber hier vor Ort müssen wir die zu uns kommenden Menschen vernünftig unterbringen und Voraussetzungen für ihre Integration schaffen. Und wenn wir in fünf oder zehn Jahren auf diese Phase zurückschauen, müssen wir sagen können, dass wir die Herausforderungen verantwortlich und gut gemeistert haben.

Wenn Du Deine Gedanken mal etwas von der aktuell so angespannten Situation weg bewegst: Kannst Du uns, abgesehen von den laufenden Projekten, ein kleines nettes Detail nennen, das Du in Deiner zweiten Amtszeit gerne realisieren würdest?

Abgesehen also von der Erweiterung der Christophoruschule, der baulichen Optimierung des Schulzentrums, dem Umbau des Gildweges oder der barrierefreien Umgestaltung von Markt und Kapellenstraße? Klar: Ich würde es gern neben der Arbeit mal wieder schaffen, im Pro-Chor der Musikschule mitzusingen ... J

Vielen Dank für das Interview und Dir und Deiner Familie viel Glück!

g.k.



Kommunaler Wohnungsbau

Ein Anachronismus oder Renaissance einer guten Idee

Die rasant steigenden Mietpreise in Münster treiben auch die Preise für Wohnungen in Telgte beständig nach oben. Zusammen mit der zusätzlichen Nachfrage zur Flüchtlingsunterbringung ist der Markt für bezahlbaren Wohnraum in Telgte fast vollständig leergefegt.

Dieser Entwicklung kann nur durch den Bau zusätzlicher Wohnungen, vor allem im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, entgegengewirkt werden. Dabei ist es an

der Zeit, auf das Erfolgsmodell der Nachkriegszeit - den kommunalen Wohnungsbau - zurückzugreifen.

Die Privatisierung der kommunalen Wohnungsbau-gesellschaften ab den 90er Jahren hat sich als Fehler, sowohl im Hinblick auf die Mieter als auch auf die Kommunen, erwiesen. Die sinkenden Zinsen lassen Immobilien wieder zu einer lukrativen Anlageform werden. Zudem zeigt sich bei Privatisierung, dass von den privaten Investoren zumeist

ein „Cherry-Picking“ betrieben wird.

Bereits die letzten Bauobjekte haben gezeigt, dass eine Public-Private-Partnership, also die Anmietung privat erstellter Objekte durch die öffentliche Hand, Kostennachteile für die Kommune bringt. Nur aus Zeitgründen musste dieser Weg erst kürzlich in Telgte trotzdem wieder gegangen werden.

Daher ist es wünschenswert, für zukünftige Bauobjekte besser vorbereitet

zu sein. Es ist ein erklärtes Ziel der Telgter Grünen, die Gründung einer kommunalen Wohnungsbau-gesellschaft, beispielsweise unter dem Dach der Städtischen Wirtschaftsbetriebe, zu erreichen. Nur so kann langfristig der Einfluss der Verwaltung und der Politik auf den Städtischen Wohnungsbau in Telgte gesichert werden. .

p. s.

Inhaber: Martin König
Grabenstr. 1, Tel 77119
Mo-Fr: 14-18:30, Sa 9-13
www.fahrrad-koenig.de

Die Gaststätte für „Jung und Alt“! Mit Biergarten

Im wilden Mann

Inh. Familie Michael Brandes
Emsstraße 25
☎ (02504) 6600

- Mo. - Fr.: 17.00 - 1.00 Uhr
- Mittwochs Ruhetag
- Samstags, Sonntags + Feiertags ab 10.00 Uhr Frühschoppen

Ihr Fahrrad-Spezialist in Telgte

Fahrräder 2015

Green's Westminster
3-Gang Nabendynamo

Kommen Sie zur Probefahrt! - Wir beraten Sie gern und unverbindlich!

Service und Reparatur Für uns selbstverständlich

Glas • Porzellan • Fahrräder

VOGT
48291 Telgte, Ritterstraße 47 gegenüber der Feuerwehr
Fon: 0 25 04 / 21 96, Fax: 0 25 04 / 7 73 77

Geänderte Geschäftszeiten:
Di, Do+Fr 9.00 - 13.00 Uhr
u. 14.30 - 17.00 Uhr
Mo + Mi, 9.00 - 13.00 Uhr
Sa 9.00 - 12.00 Uhr

Grüne News aus Telgte

Jede Woche aktuell und auf den Punkt! Kostenlos per E-Mail. Anmeldung unter gruenewelle@gruene-telgte.de

Ernüchterung beim Umbau der Sekundarschule

Neubau der Pausenhalle ist finanziell nicht darstellbar

Überrascht waren wohl alle, als die Verwaltung am 20. Oktober bekannt gab, dass es - bei allen Versuchen eine kostengünstigere Variante des Umbaus an der Sekundarschule zu realisieren - leider unmöglich wird, die vorliegenden Planungen in dem gewünschten Umfang umzusetzen.

Das ist enttäuschend, da die vorgeschlagenen Maßnahmen genau dem Schulkonzept entsprechen und die Schule problemlos zukunftsfähig gemacht hätten.

Auf das Herzstück der Schule, der Pausenhalle, muss die Sekundarschule leider auch weiterhin verzichten. Dabei könnte eine neue Pausenhalle auch endlich als Aula und Ort für Veranstaltungen genutzt werden und wäre zudem das wichtige



Verbindungsglied zwischen den einzelnen Gebäudeteilen. Dieses wäre insofern wünschenswert, als dass dann alle Gebäudeteile barrierearm

zugänglich gemacht werden könnten.

Bei allen negativen Bot-schaften gibt es aber auch durchaus Grund zur Freude:

die Sekundarschule wird auch im dritten Jahr sehr gut angenommen. Zum Schuljahr 2015/2016 wurden über 80 Schülerinnen und Schüler angemeldet und es scheint, dass das besondere Schulkonzept großen Anklang findet bei den Lernenden und ihren Eltern. Besonderen Fokus legt die Schule auf die individuelle und bestmögliche Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Kinder mit und ohne Förderbedarf werden gemeinsam beschult - zwei Lehrkräfte pro Klasse machen es möglich, dass jedes Kind einen individuellen Lehrplan erhält. Auch das selbstgesteuerte Lernen und kleine Lerngruppen außerhalb des Klassenverbands haben einen großen Stellenwert im Schulkonzept. Dafür sind die den Klassenräumen angeschlossenen Differen-

zierungsräume notwendig. Und die können, zum Glück, auch trotz klammer Haushaltslage weiterhin ausgebaut werden. Ebenso werden in den kommenden Schuljahren sukzessive die Klassenräume umgebaut, modernisiert und zeitgemäß ausgestattet.

Auch wenn es also mehr als bedauerlich ist, dass der Stadt zur Zeit finanziell die Hände gebunden sind, hängt doch die Zukunft der Schule zum Glück nicht nur von baulichen Gegebenheiten ab, sondern viel mehr vom Engagement der Lehrerschaft und dem Interesse und der Partizipation der Eltern. Und in diesen Punkten ist die Sekundarschule zum Glück sehr gut aufgestellt.

b. sp.



Eine Turnhalle als Zufluchtsort

Zweifach-Turnhalle ist jetzt Flüchtlingsunterkunft

Telgte ist auf Grund der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt, bei schnell steigenden Flüchtlingszahlen, seit letzter Woche gezwungen, die neuankommenden Flüchtlinge in der Zweifachturnhalle des Schulzentrums unterzubringen, trotz intensivster Bemühungen der Verwaltung, auf dem privaten Markt noch freien Wohnraum zu finden.

Der Grund für diese zuge-spitzte Situation ist, laut Verwaltung, dass innerhalb einer Woche 51 Flüchtlinge nach Telgte zugewiesen worden sind. Der größte Teil stammt aus Syrien.

Bauhofmitarbeiter haben sehr engagiert mit Hilfe von Bauzäunen 24 Abteile (Größe ca. 20 Quadratmeter) als Wohneinheiten geschaffen. Ausgestattet sind diese mit je zwei Doppelstockbetten, so dass vier Personen einen solchen Raum nutzen können. Bei Familienbelegungen werden individuelle Lösungen gesucht. Tagsüber wird die Unterkunft vom DRK Warendorf betrieben, nachts sollen Sicherheitsdienste die Ordnung gewährleisten. Um



Der Aufenthaltsbereich

Bild: v.g.

Unmut bei den Flüchtlingen vorzubeugen, soll die Devise gelten: „Wer zuerst kommt, geht zuerst“. Familien haben allerdings einen vorrangigen Anspruch auf eine Wohnungsunterbringung. Die Halle ist in einen Wohnbereich und einen Aufenthaltsbereich aufgeteilt worden, letzterer fungiert als Spielzimmer für Kinder und als Catering-Areal. Eine Firma aus Nordwalde übernimmt das dreimal tägliche Catering. Zur besseren Orientierung wurden zweisprachige Hinweisschilder aufgestellt.

Anfang der Woche zogen eine achtköpfige Familie und eine Kleinfamilie mit einem fünf Tage alten Säugling in die Halle ein. Jede Mutter

kann sich in die Lage dieser Frau und ihres Kindes hineinversetzen und verstehen, was dies bedeutet.

Bei allen Einschränkungen, die die Hallenbelegung für die betroffenen Schulen und Sportvereine bedeutet, darf nicht vergessen werden, welche menschlichen Schicksale sich hinter den Gesichtern der Flüchtlinge verbergen. Oft sind sie nur knapp dem Tod in den Kriesengebieten oder auf der Flucht entronnen.

Sportvereine und Schulen zeigen eine vorbildliche humanitäre Haltung und suchen nach konstruktiven Lösungen für den Übergang.

v.g.



Fairschenken.
Kalines Welt
Faire Mode, Kunst & Geschenke
Bahnhofstr. 20. 48291 Telgte. 02504-9864938
Di, Do, Fr 10-13, 15-18. Sa 10-13

Akkordeon-Entertainment
Buchen Sie mich für Ihre Geburtstage, Jubiläen, Hochzeiten und sonstigen Anlässe.
Anne-Marie Grage
Musikerin
Akkordeon-Unterricht
Musikcoaching für Frauen
Telgte: 0163-972 08 69
www.Akkordconspielerin.de

Ein sicherer Hafen

Alltag im Telgter Frauenhaus

Das Frauenhaus gehört schon lange zu Telgte. Aufgrund der besonderen Aufgabe gibt es allerdings kein Foto des Hauses im Internet und es kommen die Bewohnerinnen in der Öffentlichkeit nicht zu Wort. Die Anonymität ist ein wichtiger Schutz. Katja Müller sprach für Dat Pöggskén mit den Mitarbeiterinnen Ulrike Hüchtemann und Jo Brömmel über die aktuelle Situation der Bewohnerinnen und ihre Arbeit in Telgte.

Dat Pöggskén: Seit wann gibt es eigentlich das Frauenhaus in Telgte? **Und:** welcher Meilenstein ist Ihnen seitdem besonders in Erinnerung?

Hüchtemann: Das Frauenhaus wurde 1980 gegründet, existiert also schon 35 Jahre in Telgte und wir fühlen uns hier vor Ort zuhause. Meilenstein? Die Akzeptanz in der Bevölkerung kam fließend. Vielleicht der Umzug in ein eigenes Haus 1990 oder unser erster Gang in die Öffentlichkeit mit einer Ausstellung im Rathaus. Oder die Feier unseres 30jährigen Jubiläums, bei der wir sehr viel positives Feedback bekamen.

Erzählen Sie uns von einem typischen Fall, den Sie im Frauenhaus betreuen!

Brömmel: Ein „typischer Fall“, das ist schwierig. Die Frauen und Kinder sind alle verschieden und wir erfahren immer neue Lebensgeschichten. Die Frauen kommen aus den unterschiedlichsten Ländern und Schichten. Sie sind unterschiedlichen Alters und in unterschiedlichen Lebenssituationen. Alle haben gemeinsam, dass sie von Gewalt betroffen sind. Sei es die Frau, die ohne Grund fast täglich geschlagen wurde, oder die junge Frau, die von ihrer Familie unterdrückt wurde. Oder die Frau, der ihr Ehemann nachstellt, weil er die Trennung nicht akzeptiert. Oder auch die Frau, die im Frauenhaus Abstand gewonnen hat und zu ihrem Mann zurückkehrt, aber mit neuem Selbstbewusstsein und in Kenntnis ihrer Rechte.

Welche Frauen sind denn von häuslicher Gewalt besonders

betroffen?

Brömmel: Wie schon gesagt, von Gewalt betroffen sind Frauen jeder Schicht und Nationalität. Doch nicht alle betroffenen Frauen gehen



in Frauenhäuser. Es gibt ein breites Netz von Hilfsangeboten, auch zum Beispiel das Gewaltschutzgesetz, wo der Täter aus der Wohnung gewiesen wird. Dennoch gibt es eine hohe Dunkelziffer. Viele Frauen bleiben in Gewaltverhältnissen aus Angst, Scham oder Unwissenheit.

Warum ist es so wichtig, dass die Adresse des Frauenhauses anonym bleibt?

Hüchtemann: Frauenhäuser sind immer auch „Verstecke“. Eine Frau, die vor Gewalt fliehen konnte, braucht erst mal Schutz und Sicherheit. Sie soll zur Ruhe kommen, gesund werden und wieder klare Gedanken fassen können. Von dieser sicheren Zuflucht aus kann sie mit Hilfe die anstehenden Probleme angehen, ohne dass ihr nachgestellt wird und sie weiterhin Bedrohung und Gewalt ausgesetzt ist.

Wie sind denn die Frauen und Kinder im Frauenhaus untergebracht?

Brömmel: Wir haben Platz für insgesamt 16 Personen. Eine Frau teilt sich mit ihrem Kind/ihrer Kindern ein Schlafzimmer. Es gibt eine gemeinsame Küche, Gemeinschaftswohn-, -ess-, spiel- und badezimmer. Die Frauen ver-

sorgen sich und ihre Kinder selbst, wir sind kein Heim.

Und wie sieht Alltag der Bewohnerinnen aus?

Brömmel: Unbeteiligte können sich oft nicht vorstellen,

wie viel für die Frauen zu regeln ist. Von der Sicherung des Lebensunterhaltes, Regelung der (oft vom Mann) in der Ehe gemachten Schulden bis zur Sorgerechtsregelung. Es gibt Termine beim Jobcenter, Anwältin, Gericht, Jugendamt und vielen anderen Stellen.



Teamsitzung der Mitarbeiterinnen

Auch das Zusammenleben mit vielen unterschiedlichen Frauen und Kindern ist eine Herausforderung. Neben den Nachteilen der Enge mit vielen Personen gibt es aber auch viele gemeinsame Gespräche, Austausch mit Frauen, die ähnliches erlebt haben, zusammen Spaß haben und nicht selten entstehen Freundschaften.

Wann können sie denn wieder ausziehen?

Hüchtemann: Anspruch der Frauenhäuser ist, dass die Frauen und Kinder so lange bleiben können wie es nötig ist, sie also noch Unterstützung und Schutz brauchen und wollen. Wenn der Zeitpunkt kommt, an dem sie wieder ihre eigenen vier Wände haben wollen, ist es oft nicht einfach, eine Wohnung zu finden. Es gibt einen akuten Mangel an bezahlbarem Wohnraum und manchmal haben sie auch mit Vorurteilen zu kämpfen.

Wie merken Sie, dass Ihre Arbeit erfolgreich und notwendig ist?

Brömmel: Als erfolgreich empfinden wir meist, wenn eine Frau mit ihren Kindern die Gewaltsituation aus der sie geflohen ist, hinter sich lassen und ein selbstbestimmtes, gewaltfreies Leben führen kann. Wir erleben oft, wie Frauen selbstbewusster werden und Kinder in der Zeit im Frauenhaus aufleben. Sie verlieren ihre Ängste, werden ruhiger und vor allem fröhlicher.

Welche Probleme behindern Ihre Arbeit am meisten?

Hüchtemann: Tja – immer wieder zu wenig Zeit und Geld. Wir sind ja ein Trägerverein ohne eigenes Kapital oder Einnahmen. Die Art der Finanzierung durch Tagessätze über ALG II ermöglicht fast nur den Frauen den Zugang zum Frauenhaus, die anspruchsberechtigt sind. Für Schülerinnen, Studentinnen, Frauen mit ungesichertem



Aufenthalt oder Vermögen wird es oft aus finanziellen Gründen schwierig. Auch bräuchten wir mehr Stellen, um allen Anforderungen zu entsprechen. Wir haben auch oft mit Unkenntnis zu kämpfen.

Was wünschen Sie sich für Ihre Arbeit im Frauenhaus Telgte am meisten?

Brömmel: Vor allem wünschen wir uns ein neues, größeres Haus. An unserem jetzigen Standort sind die Räumlichkeiten zu eng, es gibt zu wenig Rückzugsmöglichkeiten und Ruhe. Wir wünschen uns barrierefreie Räume, um auch Frauen und Kinder mit Behinderungen aufnehmen zu können. Außerdem können wir derzeit Jungen nur bis zu einem Höchstalter von 14 Jahren aufnehmen, da es bei uns keine abgeschlossenen Wohneinheiten gibt. Und wir brauchen dringend wieder einen Garten für die Kinder.

Das Pöggskén geht in alle Telgter Haushalte. Was wollten Sie den Einwohner/innen in Telgte immer schon mal sagen?

Hüchtemann: ... dass wir uns bei allen, die uns zum Teil schon seit Jahren unterstützen bedanken möchten.

Und falls sie von Gewalt gegen Frauen und Kinder erfahren, bitten wir die Augen nicht zuzumachen, sondern zu handeln, indem sie die Polizei rufen und an Hilfseinrichtungen vermitteln. Die Nummer des Frauenhauses lautet: 02504/5155

Vielen Dank für das Gespräch. Telgte braucht also bald nicht nur ein Willkommenshaus für die Flüchtlinge, sondern auch ein „Willkommenshaus für Frauen“. Sie sind ja im Grunde Flüchtlinge im eigenen Land.

k.m.



Ilsebill salzte nach

Günter Grass wurde 1927 in Danzig geboren. Er lebte dort, bis er sich 1942 als 15jähriger freiwillig zum Kriegsdienst meldete.

Seine Romane und Erzählungen setzten sich häufig mit dem Nationalsozialismus auseinander, sein Durchbruch als Schriftsteller gelang ihm mit seinem 1959 erschienenen Debütroman „Die Blechtrommel“. Grass veröffentlichte im Laufe seines Lebens über 50 literarische Werke, Romane, Erzählungen und Novellen, aber auch Theaterstücke, Briefwechsel und Tagebücher, sowie lyrische Bücher, außerdem zeichnete er viele Grafiken und schuf einige Skulpturen. Er erhielt zahlreiche Auszeichnungen, allen voran sicher der Nobelpreis für Literatur 1999. Das Bundesverdienstkreuz jedoch lehnte er ab, mutmaßlich weil er sich dabei nicht in guter Gesellschaft wähnte.

Günter Grass mischte sich aber auch immer wieder in politische Fragen ein und unterstützte Willy Brandt und auch Gerhard Schröder bei ihren Wahlkämpfen.

Seine erarbeitete Funktion als „moralische Instanz“ wurde in Frage gestellt, als er der Öffentlichkeit selber in seinen 2006 veröffentlichten „Erinnerungen“ „Das Häuten der Zwiebel“ offenbarte, dass er in seiner Zeit bei der Wehrmacht nicht nur als einfacher Soldat, sondern auch in der Waffen-SS „gedient“ hatte. Vorgeworfen wurde ihm dann weniger die Tatsache an sich, sondern vielmehr, dass er diese über all die Jahre verschwiegen und gleichzeitig die Auseinandersetzung mit dem Naziregime zu einem seiner zentralen Themen gemacht hatte. Die Fachwelt wurde sich allerdings einig, dass sein Schweigen in diesem Punkt den literarischen Wert seine Lebenswerkes nicht mindert und auch als Person hat Grass

die Diskussion mit leichten Blessuren überstanden.



Günter Grass Bild: M. Manske

Ein weiteres Mal machte er sich angreifbar, als er sich 2012 mit seinem politischem Gedicht „Was gesagt werden muss“ zu Wort meldete, in dem er Israel scharf für seine Atompolitik angriff und beklagte, dass es in Deutschland eine Tabuzone um notwendige Kritik an Israel gebe. Dieses Gedicht löste allerdings ein erhebliches Echo aus, in dem ihm auch Antisemitismus unterstellt und ein Zusammenhang mit seiner Mitgliedschaft in der SS hergestellt wurde. Auch Zustimmung wurde laut. Auch aus der rechten Ecke, aber auch z. B. von Seiten der Friedensbewegung. Grass selbst verteidigte sich mit der Feststellung, keine Kritik an Israel sei das schlimmste, was man Israel antun könne.

Grass blieb Grass – streitbar und umstritten bis ins hohe Alter.

Günter Grass starb in diesem Jahr am 13. April in Lübeck im Alter von 87 Jahren.

Ach ja: „Ilsebill salzte nach“ ist der erste Satz aus dem Roman „Der Butt“ und wurde 2007 zum schönsten ersten Satz in der deutschsprachigen Literatur gewählt.

g. k.

Nutzung der Kornbrennerei durch Heimatverein kostenfrei

Für die Kornbrennerei, das Knickenberghaus und den Dorfspeicher in Westbevern hat der Rat einstimmig Satzungen beschlossen, die eine Nutzung für Vereine, Parteien und private Interessenten gegen Gebühren ermöglichen sollen. Das alarmierte aller-

dings den Heimatverein, dem bisher vertraglich eine kostenlose Nutzung der Kornbrenne für ihre kulturellen Veranstaltungen zugesichert war. Diese Nutzung wäre durch die Satzung nicht mehr möglich gewesen, wenn der Vertrag Ende 2016 ausläuft

und zusätzliche Kosten hätten das Angebot in Frage gestellt. Der Rat hat also kurzerhand die Satzung für die Kornbrenne so geändert, dass der Heimatverein von den Gebühren ausgenommen ist. Damit ist das Problem erledigt.

g. k.

Das Treffen in Telgte

Den Titel kennt in Telgte jede/r und viele verwenden ihn ganz oder in abgewandelter Form, wenn es irgendwie passt. Das ist ein sicheres Zeichen dafür, dass die Stadt durchaus Stolz darauf ist, dass die Geschichte von Günter Grass in Telgte spielt und dass „wir“ den Titel geben durften. Aber wer hat das Ding überhaupt gelesen? Na klar – Die Pöggskénredaktion. Und die erzählt Euch jetzt, was drin steht:

Günter Grass war ein schlauer Mann, und damit er noch schlauer wird, hat er

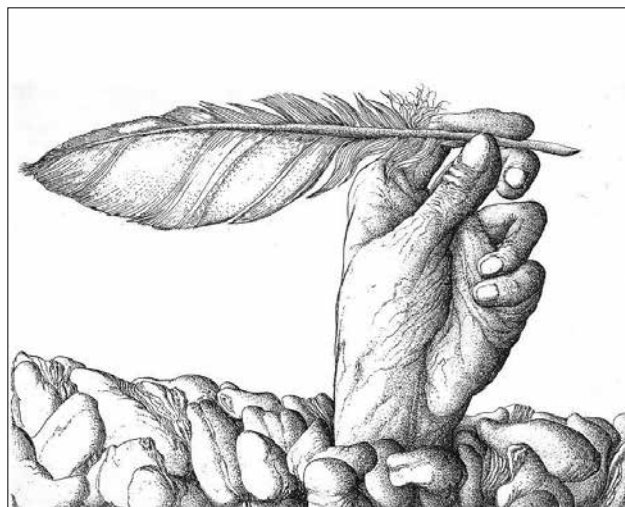
die unterschiedlichen Weltbilder und Ansichten dieser Leute rausgearbeitet und hat diese Leute in einem erfunden Treffen ihre Werke, ihre unterschiedlichen Auffassungen und die aktuelle politische Situation miteinander diskutieren lassen. Das Treffen hat also nie stattgefunden. Hätte auch schlecht sein können, denn die Herren haben zwar alle 1647 gelebt, einige waren aber noch so jung, dass sie zu dem Zeitpunkt vermutlich noch nicht geschristet haben und auch an einem solchen Treffen nicht hätten teil-

lerinnen und Schriftsteller, die sich zwischen 1947 und 1967 jährlich in wechselnder Besetzung traf und der auch Günter Grass seit 1957 angehörte. Die Idee des ersten Treffens war, die Deutsche Literatur nach Weltkrieg und Naziregime zu erneuern und zu unterstützen. Und genau das lässt Günter Grass im „Brückenhof“ zu Telgte am Ende des katastrophalen Glaubenskrieges geschehen und das ist auch die Aussage des Titelbildes, auf dem aus den Trümmern des Krieges die Hand des Schriftstellers mit der Schreibfeder herausragt.

Das Buch lässt sich trotz seiner Tiefe gut schmökern, entführt in die Zeit des Dreißigjährigen Krieges und lässt auch einzelne Stellen in Telgte wiedererkennen, an denen Günter Grass für sein Buch recherchiert hat.

Also: Wir sind zwar nicht Denis Scheck, aber das Buch geht gewiß nicht die Rutsche runter und gehört nach wie vor unter den Weihnachtsbaum!

g. k.



Das Treffen in Telgte

Grafik: Steidl Verlag, Göttingen

sich eine ganze Weile mit den bedeutendsten Schriftstellern (hier erübrigt sich leider das gendern) beschäftigt, die um die Zeit des 30jährigen Krieges gelebt haben. Dabei hat er

nehmen können.

Vielmehr stellt die Geschichte eine Analogie zu den Treffen der „Gruppe 47“ dar, einer Schar prominenter deutschsprachiger Schriftstel-



Impressum

Zeitung der Grünen Telgte
Ratsfraktion & Ortsverband
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Auflage: 8.400 Stück

Anschrift: Peter Spieker
Waldweg 27
48291 Telgte

V.I.S.d.P.: Peter Spieker

Textbeiträge:

Bernhard Drestomark (b.d.), Sabine Grohnert (s.g.), Valeska Grap (v.g.), Marian Husmann (m.h.), Gerd Klünder (g.k), Valerie Kelling (v.k.), Katja Müller (k.m.), Peter Spieker (p.s.), Bettina Schmitte (b.s.), Britta Sporket (b.sp.), Udo Woltering (u.w.)



Und da ist sie wieder!

Die neue Umflutbrücke oder wie immer sie heißen mag

Smart, unterquerbar für RadlerInnen und Fußläufige, breit genug für die Fahrbahn plus zwei Fahrradwege und superschnell zusammengestrickt – unsere neue Umflutbrücke. Ein dickes Lob vom Pöggskan an die Bezirksregierung, die Planerinnen und Planer und an die Ausführenden vor Ort.

Bleibt nur die Frage, wie wir das neue Pädggen nennen. Da bietet sich derjenige als Namensgeber an, der sein kleines aber feines Büchlein „Das Treffen in Telgte“, im „Brückenhof“ zu Telgte hat spielen lassen, für den er der Legende nach (jaja, soweit ist das schon) „Im wilden Mann“ recherchiert hat. Über die Brücke sind, schenkt man/frau

dem Büchlein Glauben, die „Friedensreiter“ (vermutlich nur Männer, wodurch sich das gendern erübrigt) geritten, die die Kommunikation zwischen den beiden Verhandlungsorten Münster und Osnabrück sicher stellten. Auch wenn die alte Brücke so aussah, als hätte sie schon 1647 dort gestanden – ganz so war es nicht. Eine Umflutbrücke hat es noch

nicht gegeben, aber immerhin: Über die kleine Brücke im Anschluss, die über die Ems führt, werden sie wohl geritten sein und vorher oder nachher auch wohl dalang, wo jetzt die Umflutbrücke steht. Grund genug, die Brücke nach Günter Grass zu benennen, der diesen Weg mindestens deutschlandweit bekannt gemacht hat. Die „Günter-Grass-Brücke“.

g.k.



Honig aus Telgte

**Imkerei
Apfel, Birne & Co**

kostenloser Lieferservice
innerhalb Telgte ab 2 Gläser

Streuobstwiese 500g 4€
Sommerblüte 500g 4€
Klatenberger Sommertracht
500g 4,20 €
zzgl. 0,30 € Pfand

Matthias Wenzel
Tel.: 0 25 04/ 93 28 41

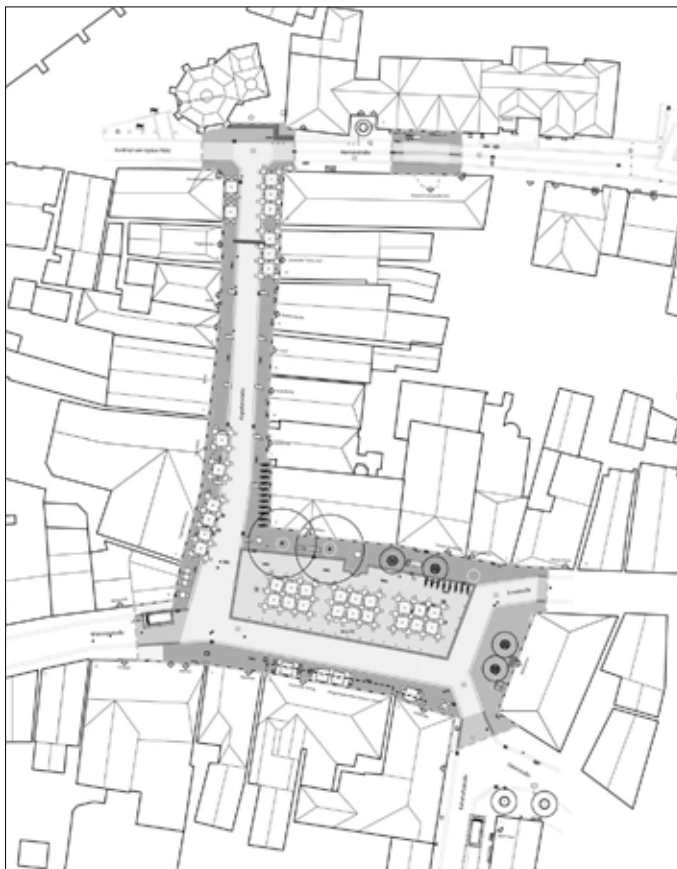
Telgte rollt

Barrierefreier Umbau des Marktplatzes

In einem Workshop zum Umbau des Marktplatzes stellte Frau Lintel vom Architekturbüro „scape“ den aktuellen Planungsstand vor.

Neben der barrierefreien Umgestaltung, soll der Platz dabei „aufgeräumt“ werden, ohne dass der vorhandene Charakter verloren geht.

Die Hauptmaßnahmen sind dabei die Pflasterarbeiten, die eine barrierefreie Nutzung ermöglichen sollen. Die gastronomisch genutzte Fläche in der Mitte des Platzes soll dabei unberührt bleiben. Aus der auch als Straßenraum für Autos und Fahrräder genutzten Fläche rund um den Platz und die Mitte der Kapellenstraße, alles in der Zeichnung Hellgrau dargestellt, sollen die Katzenkopfsteine entnommen, flach abgesägt und wieder eingesetzt werden, so dass sich ein ebener Belag in einer möglichst ähnlichen Struktur wie bisher ergibt. So soll auch eine weitere kleine Fläche zwischen dem Religio und dem Krippenmuseum bearbeitet werden, um eine



Landschaftsarchitekten scape

Bild: scape

optische und ebenfalls barrierefreie Verbindung zwischen den Häusern herzustellen. Ein hoher Planungsaufwand ist

deshalb nötig, weil mehrere andere Beteiligte, die ihre Infrastruktur verbuddelt haben, die Gelegenheit nutzen und

ihre Kabel, Rohre und dergleichen zu erneuern. Entsprechende Voruntersuchungen haben vor allem im Abwasserbereich bedenkliche Ergebnisse gebracht.

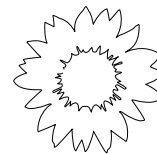
Die Hauptfahrbahn vor dem Gasthof Seilig soll um 50 cm verengt werden, indem die Poller, die die Straße von der Fläche in der Mitte trennen, versetzt werden. Die Breite der Straße ist dann so ausgelegt, dass ein abladender LKW noch von einem PKW passiert werden kann, während seitlich kein Platz mehr vorhanden ist, der zum Parken einlädt. Die Taxiplätze in dem Bereich sollen entweder in die Einmündung der Münsterstraße oder in die der Bahnhofstraße verlegt werden, ebenso wie die Behindertenparkplätze im Mittelbereich des Marktes. Die Fahrradständer vor Spielzeug Hansen werden um vier Stellplätze verringert und durch weitere Stellplätze am Anfang der Kapellenstraße ersetzt. Um den Platz dafür zu bekommen, wird die Telefonzelle, die ohnehin kaum noch

gebraucht wird, abgebaut. An ihre Stelle wird das Stadtmödel gerückt, das so auch mehr Präsenz erhält.

Schließlich sollen auf der Längsseite zwischen alten Rathaus und Emsstraße und vor dem Religio zusätzliche Sitzgelegenheiten aufgestellt werden, die Gelegenheit zum Verweilen bieten, ohne dass die Gastronomie genutzt werden muss. Die Spielgeräte für Kleinkinder bleiben dort wo sie sind.

Das klingt ganz sicher nach viel Arbeit und die anliegenden Unternehmen sehen dem nicht nur zuversichtlich entgegen, da die Bauzeit nicht ohne Umsatzeinbußen über die Bühne gehen wird. Die Stadt will versuchen, die Bauabschnitte zu planen, dass eine eingeschränkte Nutzung zu fast jeder Zeit möglich sein wird. Gebaut werden soll 2017.

g.k.



Sensibilität ist gefragt

Eine schlechte Erfahrung in der Eurobahn



Eine Migrantin aus Telgte musste neulich 60,-€ Strafe zahlen, weil sie durch ihre geringen Deutschkenntnissen mit dem Ticketautomaten der Eurobahn von Telgte nach Münster nicht zurecht kam. Sie habe mit abgezähltem Geld im Zug gegessen und den Schaffner sofort angesprochen. Dieser sei aber hochgradig unfreundlich zu ihr gewesen und habe ihr dann noch nicht einmal eine weitere Reiseauskunft geben wollen. Anwesende Mitreisende seien auch empört gewesen.

Mit Unterstützung machte die Frau einen schriftlichen

Einspruch mit dem Hinweis, dass sie nicht gut Deutsch spreche und meist auch Mitreisende ihr nicht behilflich seien. Sie wies außerdem darauf hin, dass man Tickets nur im Zug lösen kann und zum Erklären des Automaten ja schlecht jemand mitfahren könne. Sie informierte, dass sie ALG II bezieht und bat um Ratenzahlung. Alle Argumente wurden mit den Beförderungsbestimmungen abgeschmettert und sie mußte innerhalb von 2 Tagen die gesamte Summe zahlen.

In einer Stellungnahme weist die Pressestelle der Eurobahn darauf hin, dass sie

sich als internationales Unternehmen betont weltoffen aufstellt, gerade auch im Umgang mit ausländischen Reisenden, weshalb sie zum Beispiel gezielt ZugbegleiterInnen mit Migrationshintergrund einstellt. Gleichwohl sei der Vorfall mit dem entsprechenden Zugbegleiter noch einmal besprochen worden. Dieser habe beteuert, dass der Hinweis der Kundin auf ihre Schwierigkeiten mit dem Automaten von ihm zumindest nicht wahrgenommen wurde. Die Eurobahn werde mit der Kundin noch einmal Kontakt aufnehmen und eine Einigung suchen.

k.m. und g.k.

Kommentar Seite 9

Skater am Ende zufrieden

Ende September besuchte der JuSeSpoSo-Ausschuss vor der Sitzung den neuen Skaterplatz am Schulzentrum. Dort trafen sie Jugend-

liche die dort skaten, den Sozialarbeiter Jens Micke und als Vertreter der Stadtverwaltung Ihno Gerdes und Ulrich Junghans.

Die Vertreter der Stadtverwaltung erklärten, wie sie mit Unterstützung eines Profis den Platz geplant und umgebaut haben. Ausser

der gelungenen Anordnung der Rampen, betonten die Jugendlichen auch ihre Zufriedenheit darüber, dass sie nun den Skaterplatz nutzen können ohne jemanden zu stören. Jens Micke wies darauf hin, dass jetzt auch mehr Jüngere kommen, da sie den Ort am Schulzentrum und den Weg dorthin gut kennen. Die Jugendlichen und der Sozialarbeiter waren sich einig, auf dem Skaterplatz ist eine positive Atmosphäre und die

Skater achten auf einander. Von Seiten der Jugendlichen kam noch der Wunsch nach einer Unterstellmöglichkeit bei schlechtem Wetter und etwas mehr nach Jugendkultur dürfte der Skaterplatz auch aussehen. Die Jugendlichen, der Sozialarbeiter und die Stadtverwaltung bleiben im Gespräch, um praktikable Lösungen zu finden.

b.s.

**Weihnachten
liegt in
der Luft**

Vielen schöne Leckereien,
besondere (Weihnachts-) Geschenke für Sie und Ihre Liebsten in Ihrer KornBlume.

Kennen Sie schon unser Festbier? Das müssen Sie probieren! Gerne nehmen wir Ihre Vorbestellungen an.

**Korn
Blume**
Ihr Bioladen

Schleifstiege 15-17, 48291 Telgte, Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr und Sa 8.30 - 13.00 Uhr

Fototermin

Bei meinem Besuch des Skaterplatzes treffe ich auf Daniel Tünte und Luca Heiß. Sie erzählen mir, dass sie oft den Platz nutzen und Luca zeigt einige von seinen fotoreifen Tricks. Nebenher erfahre ich, dass es zwar hier und da Einführungskurse für Skateboard und BMX gibt, aber eigentlich fängt man einfach an und lernt voneinander. Überhaupt gibt es keine feste Strukturen, wie Vereine oder Trainingszeiten, vielmehr treffen sich Skater an geeigneten Orten um verschiedene Tricks auszuprobieren. „Alles ganz entspannt“ höre ich öfter in diesem Zusammenhang und das gibt auch meinen Eindruck ganz gut wieder.

b.s.



Kommentar zur Eurobahn

Was den Zugbegleiter in der Situation bewogen hat, auf „Schwarzfahrt“ zu pochen, das wissen wir nicht. Hätte ein deutsch sprechender älterer Herr im Anzug auch die 60 € be-rappen müssen? Es klingt jedenfalls nach einem eher schwierigen Umgang statt

nach Hilfe durch die Zugbegleitung und die Forde-rungsstelle. Dass sich die Eurobahn nach der Beschwerde nochmals um das Anliegen kümmert, ist immerhin ein Angebot.

Es bleibt die Ursache des Problems: In Telgte gibt es keinen Schalter oder Fahrkar-

tenautomat mehr. Wer in den Zug steigt, muss allein mit dem Automaten klar kommen. Ich habe oft mitbekommen, dass auch waschechte Westfälinnen damit so ihre Schwierigkeiten haben.

Und wie sollen dann erst Menschen ohne ausreichende Deutschkenntnisse, Analpha-

bet/innen oder Menschen, die schlecht sehen können (z.B. Ältere) an eine Fahrkarte kommen? Sollen diese Bevölkerungsgruppen die Zugverbindung nicht nutzen und sind damit von dieser schnellen Beförderung ausgeschlossen? Inklusion meint etwas anderes!

Für alle Mitreisenden und Automatenexperten sollte dieses Ereignis bedeuten: Aufmerksamkeit in der Bahn, Hilfe anbieten und einschreiten, wenn es ungerecht wird.

Katja Müller

Mehr als Mitsprache?

Beteiligungsprozess „JugendMacht Telgte“ schreitet weiter voran

Die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen in Telgte besser kennenlernen und ein Konzept für eine kontinuierliche Beteiligung an kommunalpolitischen Fragen entwickeln, so lautete das Ziel eines Antrags der Grünen Fraktion zur Sitzung des Ausschusses für Jugend, Senioren, Sport und Soziales am 08.04.2014.

Seit der Annahme des Antrags ist einiges passiert – erste Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel wurden gegangen. Die Verwaltung lud zu einem Runden Tisch „Beteiligung von jungen Menschen in Telgte“ ein, der sich im November 2014 und März 2015 mit Unterstützung zweier Mitarbeiterinnen der LWL-Servicestelle für Kinder und Jugendbeteiligung NRW im Telgter Rathaus getroffen, eine Bestandsanalyse vorgenommen und über das weitere Vorgehen beraten hat. Von den jeweils etwa 30 Teilnehmer*innen erklärten sich 10 Personen bereit, in einer kleineren Arbeitsgemeinschaft (AG) Jugendbeteiligung den Gesamtprozess zu verantworten, Themen und Inhalte auszuwählen und hierzu verschiedene Beteiligungsmaßnahmen zu planen und durchzuführen. Ein erster Schritt war die Auswahl einer Überschrift: „JugendMacht Telgte“ weist nun sowohl auf den Einsatz von Jugendlichen für ihre Stadt, als auch auf die Gestaltungsmacht sowie die Einflussnahme der Jugend auf zukünftige Entwicklungen in der Stadt Telgte hin.

Passend zum nahenden Sommer wurde dann im Mai 2015 in der Aula des Gym-

nasiums ein Jugendforum zum Thema „Bolzplätze und Aufenthaltsflächen“ durchgeführt. Die AG Jugendbeteiligung hatte Stellwände mit Fotos von verschiedenen Plätzen in Telgte und Westbevern



Bild: Marvin Siefke, pixelio

vorbereitet, die Anwesenden – darunter Jugendliche, Eltern, Vertreter*innen der Schulen, Mitarbeiter*innen der Verwaltung und Kommunalpolitiker*innen – waren eingeladen, ihre Meinung zu den Plätzen kundzutun und Kritik und Anregungen vorzubringen. Drei dieser Plätze, der an der Einener Straße, hinter der Mühle am Emstor sowie an der Wolbecker Straße, wurden dann im Juni im Rahmen eines „Bolzplatz-Checks“ aufgesucht, um sich vor Ort deren Zustand anzusehen. Durch die Anwesenheit des städtischen Grün-Ingenieurs Ihno Gerdes und des Baubetriebshof-Mitarbeiters Ken-

an Islek war es möglich, die vorgebrachten Ideen direkt auf ihre Umsetzbarkeit hin zu überprüfen. Der Zustand der Bolzplätze konnte seither durch häufigere Pflegeintervalle mit neuen Gerätschaften

konnten neue Basketballkörbe installiert werden. Darüber hinaus wurde ein Ansprechpartner für Anregungen und Fragen der Jugendlichen ausgewählt: Jens Micke (aufsuchende Jugendarbeit) kann

anstalten, bei dem die Kandidaten im Stil von „Schlag den Raab“ gegeneinander antreten und Fragen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu kommunalpolitischen Themen beantworten. Zum anderen ist es der AG ein wichtiges Anliegen, dass reale Mitgestaltungsmöglichkeiten für Jugendliche geschaffen werden. Ein Ziel ist die Einstellung eines finanziellen Betrages in den städtischen Haushalt. Dieser Betrag soll dann in einem demokratischen Entscheidungsprozess von Jugendlichen für Jugendliche in Telgte eingesetzt werden. Jugendliche nach ihrer Meinung und ihren Wünschen zu fragen ist zwar wichtig und richtig und kann als erste Stufe von Beteiligung betrachtet werden, für echte Mitbestimmung sind jedoch Möglichkeiten der Anwendung eigener Steuerungsmechanismen zur Mitgestaltung zu initiieren. Hier heißt es dann nicht nur mitgestalten sondern auch Verantwortung tragen.

Nicht unerwähnt sollte man an dieser Stelle allerdings lassen, dass vielerorts in Telgte – hervorzuheben sind hier die vielen Jugendvereine und -verbände oder auch der offene Treff in der Mühle am Emstor – die Beteiligung von Jugendlichen an sie betreffenden Entscheidungen schon lange einen festen Ort hat und ganz selbstverständlich und alltäglich gelebt wird.

Kathrin Wiggering
2. Vorsitzende Stadtjugendring Telgte e.V., Mitglied der AG Jugendbeteiligung.

verbessert werden, dennoch scheitern einige der besprochenen Maßnahmen derzeit an fehlenden finanziellen Ressourcen (z.B. Beachvolleyballplatz an der Wolbecker Straße, Aufschüttung sowie Verlängerung des Ballfangs an der Einener Straße, Grillplatz sowie Basketballkorb an der Mühle) bzw. an versicherungsrechtlichen Gründen (z.B. Bau eines Unterstandes bzw. einer Aufenthaltsplattform aus den Seitenteilen der abgängigen Halfpipe hinter der Mühle). Doch auch erste Erfolgserlebnisse sind zu verzeichnen: Der Skaterplatz wurde vom Orkotten an das Schulzentrum verlagert und auf dem dortigen Tartanplatz

persönlich oder per E-Mail unter jugendbeteiligung-telgte@gmx.de kontaktiert werden und unterstützt Jugendliche dabei, ihre Anliegen am richtigen Ort vorzutragen bzw. bestenfalls umzusetzen.

Die AG Jugendbeteiligung wird die verschiedenen besprochenen Maßnahmen nun gegenüber Politik und Verwaltung weiter verfolgen und sich dafür einsetzen, dass möglichst viele Anliegen der Jugendlichen nicht nur angehört, sondern wirklich auch umgesetzt werden. Doch auch weitere Projekte sind bereits in Planung: So möchte die AG Jugendbeteiligung zum einen ein Bürgermeisterduell vor der Wahl im April 2016 ver-

Telgter Parklandschaft

Untersuchung zur Parkplatzsituation in der Innenstadt

Wer von Telgte erzählt wird meist auch unsere wunderschöne und historische Altstadt erwähnen. Dieses Kleinod im Münsterland wird von TouristInnen und Einheimischen nicht nur geschätzt, sondern auch gerne aufgesucht. Die meisten kommen wallfahrend, pilgernd oder mit dem Rad über einen der zahlreichen Radwege die durch Telgte führen. Doch ein Teil der Menschen kommt auch mit dem PKW und dies führt immer wieder zu Problemen bei der Parkplatzsuche.

In der Telgter Altstadt gibt es aktuell 1231 Parkplätze für Autos, sowie 315 feste Fahrradstellplätze. Die KFZ-Stellplätze teilen sich noch einmal auf in 564 private Stellplätze, 101 halböffentliche Stellplätze und 566 öffentliche Stellplätze. So die nüchterne Faktelage, die der „Planungsgruppe Altstadt“ vom Büro nts und der Fachhochschule Münster präsentiert wurde. Die

Planungsgruppe beschäftigt sich u.a. auch mit der Barrierefreiheit in der Altstadt, der Wohnsituation und dem Einzelhandel. Vertreten in dieser Gruppe, die dem informellen Austausch dient, sind neben Politik und Verwaltung auch der Heimatverein und die Telgter Hanse.

Der Parkplatzbedarf liegt tagsüber bei 1094 Stellplätzen und Nachts bei 933 Stellplätzen. Eigentlich ist also genug Parkraum vorhanden. Doch die Parkplätze verteilen sich nicht gleichmäßig auf das Gebiet der Altstadt. Wie die Karte (s. Bild) verdeutlicht, fehlen insbesondere direkt angrenzend an den Marktplatz Parkplätze für AnwohnerInnen und deren BesucherInnen. Benannt werden etwa 50 fehlende Stellplätze. Deutlich wird auch, dass im Bereich des Baßfeldes, des Bahnhofes und der Ritterstraße Parkplätze verfügbar sind. Die Situation der Parkplätze für KundInnen, die in

die Altstadt wollen, stellt sich überwiegend ausgewogen dar. Nur im Bereich um den ehemaligen Schlecker gibt es ein deutliches Defizit an Kundenstellplätzen.

Als Lösungsmöglichkeiten wurden einige Vorschläge unterbreitet, die wir schon früher in die Diskussion eingebracht haben. So wird ein Bedarf für rund 124 Anwohnerparkplätze mit Anwohnerparkausweis gesehen. Die Sinnhaftigkeit einer solchen Lösung wurde immer wieder bestritten. Aus eigener Erfahrung kann jedoch bestätigt werden, dass gerade um den Marktplatz in den Abendstunden zwischen 19 und 22 Uhr viele Parkplätze von oft auswärtigen PKW belegt sind. Nach 22 Uhr finden sich dann oftmals freie Stellflächen. Die (mutmaßlichen) BesucherInnen von Gaststätten könnten jedoch am Dümmert parken oder aber auf dem Knickenberg-Parkplatz. Für die AnwohnerInnen, die

Möbel für Anspruchsvolle



Innenausbau
Bau- und
Möbeltischlerei

Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

⌘ Exklusiver Innenausbau	⌘ Küchen- und Badmöbel
⌘ Einbaumöbel	⌘ Schiebetürsysteme
⌘ Fenster und Türen	⌘ Restaurierung
⌘ Massivholzmöbel	⌘ Sonderanfertigungen

Berdel 30 • 48291 Telgte
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89

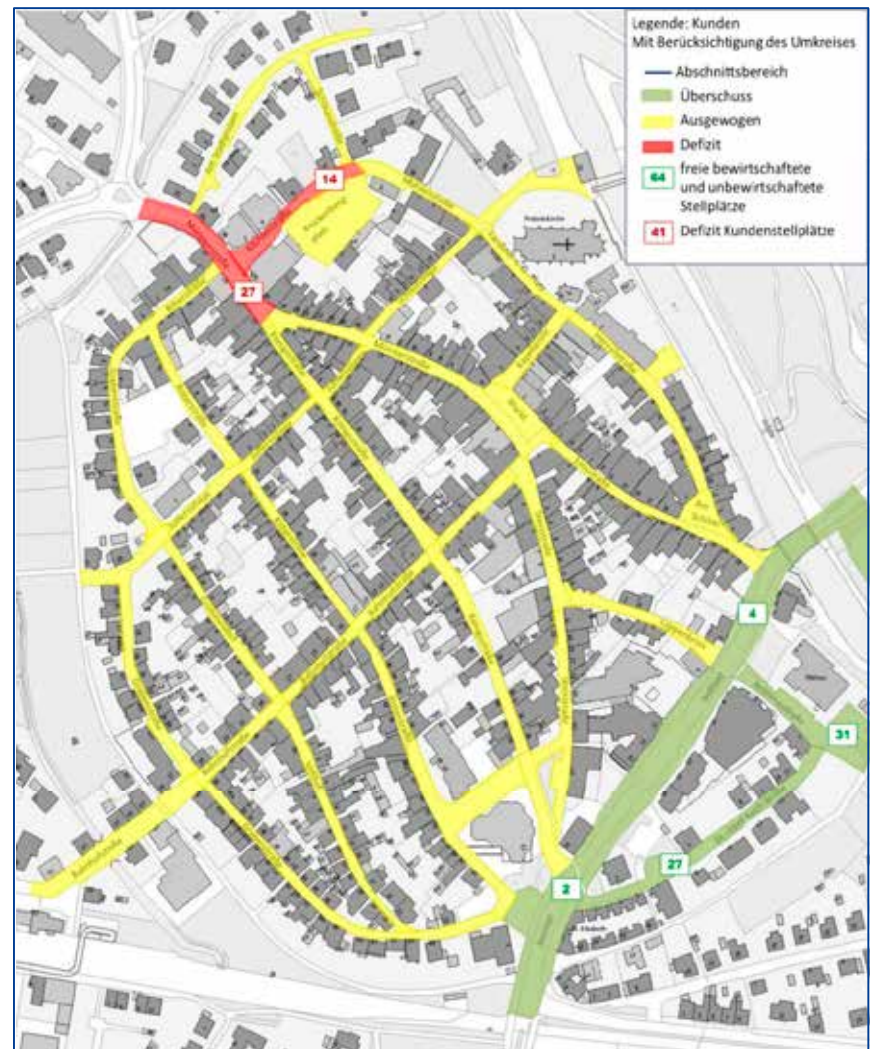
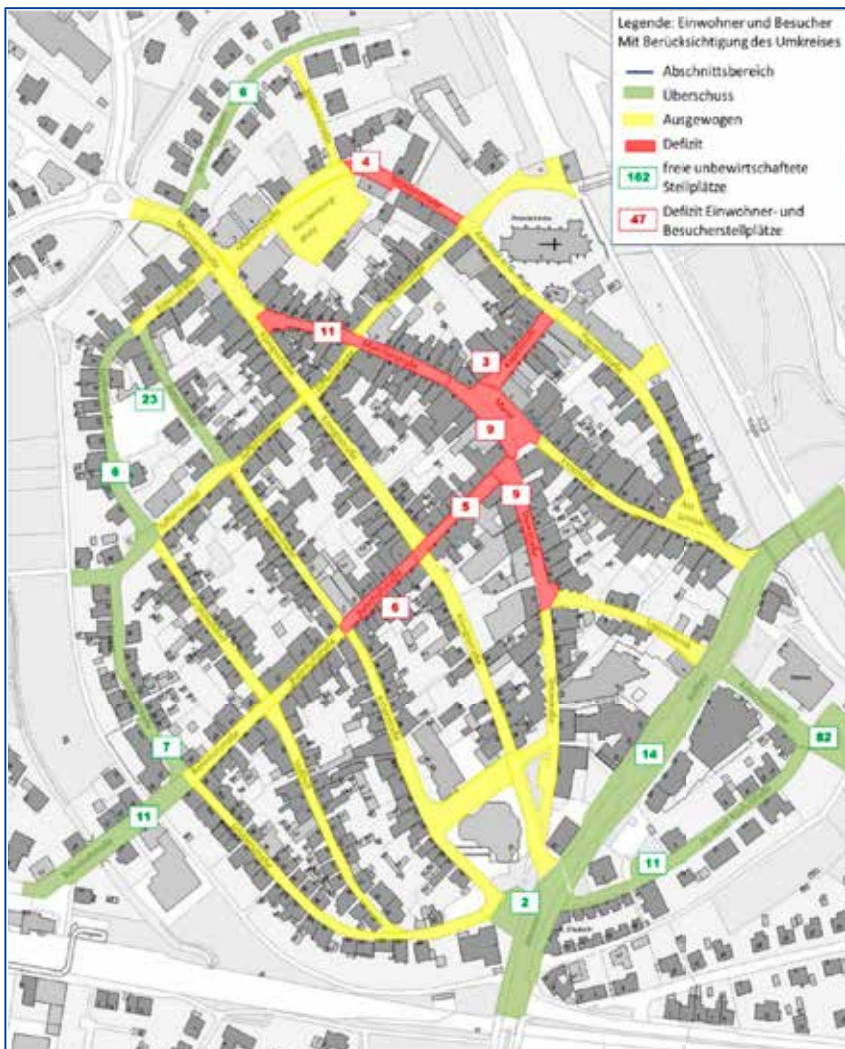
ggf. Einkäufe oder ähnliches transportieren, ist dies schon schwieriger. Würde ein Teil der Parkplätze daher AnwohnerInnen vorbehalten, könnte dieses Problem gelöst werden.

Weitere Lösungsvorschläge sind etwa die Mehrfachnutzung der Parkplätze an der Volksbank und des Kodi, sowie weitere Hinweisschilder für Parkplätze. Über die Parkplatzsituation und die

Wohnsituation in der Altstadt wird es in der Sitzung des Planungsausschusses am 17. Dezember eine ausführliche Berichterstattung geben. Hier sollen dann auch erste Maßnahmen diskutiert werden, die dann im Frühjahr 2016 in die Entwurfs- und Ausführungsplanung gehen sollen.

m. h.

Gegenüberstellung



Bilder: © nts Ingenieurgesellschaft, FH Münster

Es wird eng für die Kleinen

Weiterhin steigender Bedarf für Kita-Plätze in Telgte

Die Sorge um einen Kita-Platz treibt viele Eltern seit einigen Jahren um. Irgendwie hat es in jedem Kindergartenjahr irgendwie geklappt – zumindest haben nach Aussagen des Jugendamts auch in diesem Jahr alle angemeldeten Kinder einen Platz erhalten – wenn auch vielleicht nicht im Wunschkindergarten oder sofort zu Beginn des Kindergartenjahres.

Aus ihren provisorischen Lösungen warten aktuell Kinder in Westbevern auf die Fertigstellung der Gruppenräume in der ehemaligen Vadruper Grundschule und die Kinder der neuen Kita Feuerbachstr. (im neuen Wohngebiet Süd-Ost) auf ihr neues Haus. Sie werden alle noch im Laufe dieses Kindergartenjahres umziehen. Dass dies möglich ist, war eine Kraftanstrengung für die Verwaltung und beteiligten Träger, da sehr kurzfristig ein hoher Mehrbedarf gedeckt werden musste.

Unstrittig bleibt aber die

Notwendigkeit, in Zukunft mehr Plätze zur Verfügung zu stellen als dies alle Kitas anbieten können: Der Betreuungsbedarf ist größer als das Angebot und steigt sicherlich noch durch weitere Zuzüge. Für das Erlernen der Sprache ist ein Kita-Platz gerade

für Flüchtlingskinder von besonderer Bedeutung und derzeit haben sie nur selten eine Chance auf einen Platz. Außerdem sollen die Überbelegungen in den Gruppen beendet werden.

Kurzum: Eine neue Kita muss her, spätestens zum Ki-

ta-Jahr 2017/18, - mit mindestens drei Gruppen. So plante die Verwaltung seit dem Frühjahr und begab sich auf die Suche nach einem städtischen Grundstück, auf dem ein Investor eine Kita errichten könnte. Vorgeschlagen für dieses Projekt wurde, nach eingehender Prüfung, der Bolzplatz am Ortsausgang an der Wolbecker Str. Für die Grüne Fraktion ein Vorschlag mit zwei Seiten. Die Lage halten wir für nicht optimal, die Erschließung und der zu erwartende Autoverkehr ist problematisch – und einen Bolzplatz zu schließen – das sind Nachteile. Die Pläne des Neubaus, der später auch in einzelne Wohnungen umgebaut werden könnte, sind jedoch interessant und als Kita attraktiv. Zudem mangelt an besseren Alternativen und die Zeit drängt bekanntlich. Also besser dort eine Kita als keine! In der Beratung des Vorhabens im Bau- und Planungsausschuss wurde jedoch auf die Bremse getreten. Von anderen Fraktionen

wurden als Alternativflächen eine Freifläche bei der Fleischerei Wulff und eine private Fläche zwischen Alverskirchener und Wolbecker Straße vorgeschlagen, die aber durch die Stadtverwaltung kritisch gesehen wurden. Die Fläche bei Wulff wegen möglicher Immissionen, die zweite Fläche stand nach Kenntnis der Verwaltung für eine Kindergartenbebauung nicht mehr zur Verfügung. Dennoch beschloss der Ausschuss, gegen die Stimmen der Grünen, die Tauglichkeit der Flächen durch ein Planungsbüro untersuchen zu lassen.

Alternative Vorschläge sind immer sinnvoll, wenn Planungen problematisch sind. In diesem Fall führen sie jedoch dazu, dass – egal an welchem Standort – die dringend benötigte Kita bis 2017 nicht fertig werden kann. Hoffen wir also, dass der Erkenntnisgewinn aus den Untersuchungen den Zeitverlust aufwiegt, denn - es wird eng für die Kleinen in Telgte.

k. m.



Bild: k.m.

Investorenmodell oder Eigentum

Diskussion um Finanzierung von Flüchtlingsunterkunft

Eine kontroverse Diskussion gab es im Hauptausschuss über die Finanzierung des geplanten Wohnhauses für Flüchtlinge im Finkenweg.

Nachdem das Ergebnis des Investorenwettbewerbes im Sommer konkrete Zahlen brachte, beantragte die CDU, den Wettbewerb für ungültig zu erklären und den Bau im Eigentum der Stadt neu zu planen.

Die Verwaltung machte allerdings deutlich, dass die Stadt, angesichts des gleichbleibend hohen Bedarfs, dringend auf eine schnelle Umsetzung

angewiesen ist und durch eine Verzögerung von mehreren Monaten durch neue Ausschreibungen und Förderanträge, in ernsthafte Schwierigkeiten geraten kann. Zudem sei fraglich, ob der durchgeführte Wettbewerb nicht auch Ansprüche des Gewinners mit sich bringe.

Aus Sicht der Grünen Fraktion wäre ein Eigenbau der Stadt ebenfalls wünschenswert gewesen. Leider ist der entsprechende Antrag während der Haushaltsaufstel-

lung 2016, nachdem vor einer Entscheidung die Kosten in Eigenregie und als Investorenmodell gegenübergestellt werden sollte, von den anderen Fraktionen geschlossen abgelehnt worden.

Immerhin haben FDP und SPD ihre Verantwortung erkannt und das Projekt gemeinsam mit den Grünen auf den Weg gebracht. Für weitere Projekte werden die Grünen sich wieder für Gebäude im Eigentum der Stadt stark machen und dann vermutlich mit besserem Erfolg.

g. k.

Urlaub
& Pflege

Reisen mit:

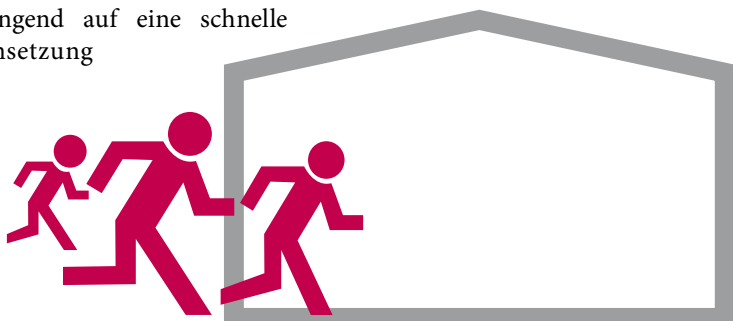
- ✓ Fachpflege rund um die Uhr
- ✓ Mobilitätshilfe
- ✓ 1:1 Betreuung

Fordern Sie unseren Prospekt an oder informieren sich im Internet:

Urlaub & Pflege e.V.
Voßhof 10
48291 Telgte

Tel.: 02504 – 73 96 043

Mail: post@urlaub-und-pflege.de
Home: www.urlaub-und-pflege.de



Armut durch Pflege

Ministerin Steffens zu Besuch in Telgte

„Telgte wird älter, bunter und schrumpft.“ So die wesentliche Erkenntnis des Demographieprozesses vor vier Jahren. Was das „Abnehmen“ angeht, werden wir derzeit eines besseren belehrt. Telgte wächst. Aber: Es wird auch älter. Damit steigen die Anforderungen an Pflege und Betreuung für alte und sehr alte Bürgerinnen und Bürger. Drei Viertel der Menschen in Deutschland werden durch pflegende Angehörige betreut. Da diese wegen der Pflegearbeit zuhause nicht gleichzeitig außer Haus berufstätig sein können, was ihnen Beitragszeiten für die eigene Rentenversicherung einbrächte, entsteht die Gefahr, dass dieser Dienst an der Gesellschaft im Alter Armut für pflegende Angehörige bedeutet.

Diese Frage zu diskutieren, hatten BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Kreisverband Warendorf und Ortsverband Telgte zu einem Informationsabend in das Wohnstift St. Clemens eingeladen. Als Expertinnen nahmen die Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein Westfalen, Barbara Steffens, und die Sprecherin der Initiative „Armut durch Pflege e.V., Susanne Hallermann,

teil. „Die pflegenden Angehörigen liegen am Boden.“ verdeutlichte sie anhand von Fernsehaufnahmen über eine Demonstration der Initiative „Armut durch Pflege“ in Berlin. „Pflege ist ein Full time – Job: rund um die Uhr. Pflege zu Hause macht nicht nur einsam, sondern auch arm!



v. l. n. r. Susanne Hallermann, Sabine Grohnert, Barbara Steffens und Ursula Mindermann. Nicht im Bild: Marian Husmann.

Pflegende Angehörige legen sich auf die Straße, damit die Menschen endlich hinschauen. Sie sind die gesellschaftlich bedeutendste Säule der Pflege; sie entwickeln eine Profession aus ihrer Tätigkeit und müssen dafür auch eine gebührende gesellschaftliche Anerkennung und Entloh-

nung erfahren!“

Ist das zu bezahlen? „Dass die Pflege durch Angehörige Teil des Regelsystems ist, funktioniert nicht mehr.“ so Barbara Steffens. Ein „Web - Fehler“ liegt z. B. darin, dass demenziell erkrankte Personen im bisherigen System der Pflegestufen nicht erfasst

waren. Höhere Leistungen in diesem Bereich führen natürlich zu Kostensteigerungen in der Pflegeversicherung.

Die Zahlen sind dramatisch, so dass sich die Frage stellt, ob eine 24 – Stunden Versorgung aller Pflegebedürftigen, deren Zahl deutschlandweit bis 2050 um 100 % auf dann 1 600

000 steigen wird - überhaupt von der Solidarfinanzierung durch die Beitragszahler bezahlt werden kann.

Pflegebedürftigkeit zuhause isoliert doppelt: 1. den zu Pflegenden, der auf Grund von physisch erlebbaren, architekturbedingt entstandenen Barrieren nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann, 2. den pflegenden Angehörigen – fast immer weiblich – die Nachmittage und Abende sich für den Pflegefall verantwortlich zeigt und deshalb z. B. von zahlreichen Kulturveranstaltungen abgeschnitten ist.

65 % der pflegenden Angehörigen sind Frauen. 60 % der Hauptpflegepersonen sind 55 Jahre und älter. Das hat auch Auswirkungen auf deren Rente. Zu 28 % werden Angehörige durch ihre Lebenspartner/innen gepflegt. Die „Sandwich - Generation“ pflegt ihre Eltern und möglicherweise zusätzlich ein behindertes Kind.

Wenn die Zahlen: ein Jahr Pflege zu Hause sieben € Rentenanwartschaft in Pflegestufe I, 14 € in Pflegestufe II, 20 € in Pflegestufe III bleiben, wird es düster für pflegende Angehörige im Alter aussehen. Die durchschnittliche Pflegedauer beträgt 9,3 Jahre.

Welche politischen Konsequenzen muss man ziehen?

Pflegende Angehörige sind in ihrer eigenen Rolle anzuerkennen und zu unterstützen. Sie müssen z.B. in Pflegekonferenzen auf Kreisebene als Akteure einbezogen werden, außerdem im Landesausschuss Pflege und Alter (LAPA), in dem rund 50 Verbände und Institutionen beraten, vertreten sein. Ihr Bedarf an finanzieller Unterstützung für Schulungs- und Fortbildungsangebote muss finanziell abgesichert werden.

„Weil 90 Prozent der Bevölkerung zu Hause alt, gepflegt werden und sterben wollen, pro Jahr 29 Milliarden €, volkswirtschaftlich gesehen, an Pflegeleistungen von Angehörigen erbracht werden, ist eine Revision des Pflegegesetzes erforderlich.“ so Barbara Steffens. Und: „Es gibt keine kurzfristige Lösung des Problems. Nur der Aufbau von Unterstützungsstrukturen in einzelnen Stadtquartieren, z. B. in Mehr-Generationen - Einheiten angesiedelt, in denen Altenhilfe ehrenamtlich im Austausch für Kinderbetreuung geregelt wird, wird langfristig sozial wie auch finanziell Entlastungen bringen.“

b.d. und s.g.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Sie waren bestimmt schon einmal im Bürgerhaus, auf der Kirmes oder im Waldschwimmbad. Haben Sie sich aber schon einmal gefragt, wer eigentlich hinter diesen Einrichtungen steckt? Wenn Sie jetzt sagen, „Klar, die Stadt“ ist das ja auch fast richtig. Denn die Stadt hat diese Aufgaben auf drei Gesellschaften ausgelagert.

Eine GmbH betreibt das Bürgerhaus, eine das Schwimmbad und die städtischen Wirtschaftsbetriebe GmbH sind für die Märkte zuständig. In den Ausschüssen

der GmbHen, dem Aufsichtsrat, sitzen Ratsmitglieder und sachkundige BürgerInnen, die durch die Fraktionen bestimmt werden. Doch der Aufsichtsrat einer GmbH tagt grundsätzlich nichtöffentlich, egal um welches Thema es geht. Anwesend dürfen nur die Aufsichtsratsmitglieder und deren persönliche StellvertreterInnen sein. Auch nur diese bekommen die Unterlagen für die Vorbereitung zugesandt.

Transparent ist dieses Verfahren nicht, zu ändern ist dies kommunal jedoch nur

sehr begrenzt. Die GmbHen unterliegen dem Aktien- und Gesellschaftsrecht, welches bisher keinen Unterschied zwischen Aufsichtsräten kommunaler Gesellschaften und z.B. dem Aufsichtsrat eines börsennotierten Aktienunternehmens sieht.

Die Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen sieht vor, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates frühzeitig Bericht über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung an den Rat erstatten. Das Aktiengesetz des Bundes verbietet einen solchen Bericht

jedoch ausdrücklich.

Der Bundesgesetzgeber hatte dies zu einer Gesetzesnovelle im Jahr 2010 auch erkannt und wollte es ermöglichen, dass die Satzung der Gesellschaft die Öffentlichkeit der Sitzungen und den Bericht an die Mitglieder des Rates regeln kann. Diese Novelle wurde aufgrund der abgelaufenen Legislaturperiode jedoch nicht beschlossen. Im aktuellen Regierungsentwurf zur Aktienrechtsnovelle 2014 findet sich diese Passage nicht mehr.

Da es, wenn überhaupt, also

einiges dauern dürfte bis sich was ändert, versuchen die Grünen in Telgte bis dahin, alles öffentlich zu diskutieren, was mit der Gesetzeslage vereinbar ist.

m.h.



Liebe Telgterinnen und Telgter,

im Juni dieses Jahres habe ich mich dazu entschieden, für eine weitere Amtszeit als Bürgermeister von Telgte zu kandidieren und bei der Wahl am 17. April 2016 noch einmal anzutreten.

Die Menschen in unserer Stadt wissen, dass ich der grünen Partei angehöre und meine Überzeugungen zum Beispiel in Fragen des Umwelt- und Naturschutzes nicht verstecke. Trotzdem habe ich mich bemüht, das Amt fair und parteipolitisch neutral auszuüben und meine Arbeit an den Interessen und dem Wohl Telgtes auszurichten. Das Amt des Bürgermeisters

wird von den Bürgerinnen und Bürgern zum Glück nur auf Zeit verliehen – und Sie alle können dann im April nächsten Jahres darüber entscheiden, ob sie es mir erneut bis September 2020 übertragen wollen.

Das Amt des Bürgermeisters und damit „das Rathaus“ gehören aber nach meinem Verständnis nicht einer Partei. Deshalb irritiert mich der Anspruch der CDU in Telgte, das Rathaus und den „Chefsessel“ wieder für sich zurückzugewinnen. Es muss doch darum gehen, dass die Entscheidungen für unsere Stadt zusammen mit der

Bürgerschaft gut getroffen werden, dass die Probleme und Herausforderungen gut gemeistert werden, dass ein Bürgermeister ein offenes Ohr für die Menschen hat und diese aktiv und dauerhaft in die Entwicklung Telgtes eingebunden werden – und nicht darum, ob er ein bestimmtes Parteibuch hat.

Dass Sie am 17. April nächsten Jahres nicht nur eine Wahl, sondern auch eine Auswahl haben, das finde ich klasse. Wünschen würde ich mir, dass ganz viele Menschen dafür von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und mir damit ganz deutlich sagen, ob

sie meine Amtsführung gut oder schlecht finden, ob sie mir ihr Vertrauen aussprechen oder entziehen wollen, ob sie sich weitere viereinhalb Jahre mit mir als Bürgermeister von Telgte wünschen oder eben nicht.

Ich habe nach wie vor – trotz aller Herausforderungen für die Stadt Telgte – Freude an der Arbeit mit den Menschen und für die Menschen unserer Stadt und bin hochmotiviert, die Ärmel für die Zeit bis September 2020 aufgekrempt zu lassen. Alles andere entscheiden Sie!

Ihr
wolfgang pieper

Wir sind gefragt Flüchtlingshilfe in Telgte

Zweifelsohne ist ein Artikel zur Flüchtlingssituation in Telgte bereits in Teilen überholt, wenn er geschrieben ist. Es bleibt die Erfahrung – die ankommenden Flüchtlinge haben mehr und mehr mit uns und unserem Alltag zu tun: Wir sehen sie vermehrt im Stadtbild. Wir lesen in der Zeitung und in persönlichen Anschreiben, wie dringend der Bürgermeister Wohnraum sucht. Die Kinder berichten von neuen Mitschüler/innen. In der Kita steht eine Kiste, in der für die Kindergruppe mit Flüchtlingen gesammelt wird. Unsere Freizeitangebote können wir (möglicherweise) nicht mehr so wahrnehmen, wie sonst: Sporthallen und das Haus der Musik sind als Unterkünfte vorgesehen.

Und wir begegnen mehr und mehr Ehrenamtlichen, die sich in der Begleitung der ankommenden Menschen engagieren. Denn: Wir sind gefragt – unsere Ressourcen an Zeit, freien Zimmern oder

Wohnungen, Geldspenden, Alltagsgegenständen oder Kleidung (die wir häufig gar nicht mehr brauchen), werden jetzt hier in Telgte dringend benötigt, um als Gesellschaft dieser Situation gerecht zu werden. Die Krisen in dieser Welt kann man nicht mehr nur im Fernsehen beobachten (und dann abschalten). Ihre Auswirkungen sind in Telgte zu spüren – so wie viele Ursachen für diese Krisen mit unserem Lebensstil bzw. der deutschen Politik zu tun haben.

Es wird mehr und mehr klar, dass aktuell eine einschneidende Herausforderung für Europa besteht, die nur durch große Politik, aber genauso durch unseren Umgang damit im Alltag bewältigt werden kann. Es kommen Menschen zu uns, so verschieden wie sie nun mal sind – auch in ihren Gründen für ihre Flucht.

Was zur eigenen Meinungsbildung hilft: Sich persönlich ein Bild machen und geflüch-

tete Menschen, die in Telgte angekommen sind, kennen lernen. Einige grüne Ratsmitglieder haben sich darauf eingelassen. Und wir lernen kennen: Den sechsjährigen Mohamed aus Syrien der (mutig) nun in die erste Klasse geht, obwohl er kein Wort Deutsch versteht. Aber er spielt gut Fußball, die anderen Jungs sind beeindruckt. Die sympathische Familie mit drei Kindern (davon eins erst drei Monate alt) aus Mazedonien, die gekommen ist, weil sie zuhause die Diskriminierungen und Bedrohungen nicht mehr ausgehalten hat. Eine Herausforderung ist, wie man sich verständigen kann, ohne die gleiche Sprache zu sprechen. Das führt – auch unter den Flüchtlingen – manchmal zu Missverständnissen und Konflikten. Und gleichzeitig ist es spannend, wie man sich dennoch näher kommen kann und wie Kommunikation mit anderen Mitteln funktioniert. „Ich habe noch nie so viel Tee getrunken, wie in den letzten

Monaten“ meint ein Betreuer von ZiB.

Der Verein ZiB sucht nach wie vor dringend Menschen, um den Flüchtlingen ihre erste Zeit in der Fremde zu erleichtern, konkret zu helfen, dabei „Deutschland zu erklären“ und lebendig werden zu lassen.

Wir haben die Erfahrung gemacht: Es ist eine Bereicherung und eine bessere Grundlage für Urteile und Einschätzungen. Jeder Beitrag ist wichtig.

km



Die neuen Angebote
2016
sind ab sofort online.

Sie suchen eine originelle
Geschenkidee?
Rufen Sie mich an,
ich berate Sie gern.

equiValent
mit Pferden lernen

Am Jägerhaus 6
48291 Telgte
Fon 02504 985 995
www.equi-valent.de

mindermann
Augenoptik am Baßfeld

Ursula Mindermann
Dipl. Ing. für Augenoptik, IVBV, WVAO

Baßfeld 12 · 48291 Telgte · Fon 0 25 04 - 50 50 · Fax -50 60
mindermann-augenoptik.de · info@mindermann-augenoptik.de



Es geht (k)ein Flug nach nirgendwo

Luxus für Urlaubsflieger oder notwendige Infrastruktur fürs Münsterland?

Sie erinnern sich - Flughafen Münster-Osnabrück - da war doch mal was?

Richtig! Zu Zeiten der rot-grünen Landesregierung unter Peer Steinbrück und Bärbel Höhn in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurde heftig um eine Verlängerung der Startbahn auf 3.600 Meter gestritten. Für viele damals ein lächerliches Hindernis: Der Elting-Mühlenbach, der im Wege stand. Da war von einer Unterführung unter der Startbahn die Rede, damit er weiter fließen und der Fauna Raum anbieten könne. Nun - den Elting-Mühlenbach gibt's noch. Bei einer Verlängerung auf lediglich 3.000 Meter kann er umgeleitet werden. Damit hat sich sogar der Naturschutzbund Deutschland anfreunden können. Inzwischen ist der Konflikt Flughafenbau

gegen Naturschutzinteressen zur Marginalie verkümmert.

Es geht um den Kern: Die Rentabilität, den volkswirtschaftlichen Nutzen und eine dramatische finanzielle Schieflage. Es fliegen einfach zu wenig Menschen. Nicht nur, dass es keine theoretisch denkbare Nachfrage nach Direktflügen: Greven-San Francisco oder Greven-Shanghai gibt. Nicht einmal Berlin wird angefliegen, geschweige denn alle europäischen Hauptstädte. Nur London ist derzeit im Programm. Der Rest: Mittelmeer-Urlauber. Und da die demographische Entwicklung auch vor dem Fliegen nicht halt macht, sinkt die Zahl der Passagiere.

Das Defizit des FMO in 2015 beträgt voraussichtlich 11,1 Millionen €.

Weil die Flughafengesellschafter und deren rühriger Geschäftsführer glauben, eine zweite Abflughalle bauen zu sollen, wurde eine üppige Summe an Kapital benötigt, die aus dem Tagesgeschäft nicht bestritten werden konnte. Also stellten die Gesellschafter insgesamt über 90 Millionen € zur Verfügung, verteilt über sieben Jahre - auf Kosten des Münsterländer Steuerzahlers. Das trifft den Kreis Warendorf, und damit indirekt die Haushalte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden nur „am Rande“, da der Kreis lediglich 2,44 % der Gesellschafteranteile hält, also in den nächsten Jahren jeweils 440 000 € zahlt. Strittig ist, ob bisherige Planungs- und Investitionskosten, die für die Verlängerung der Startbahn entstanden sind, in die Bilanz der Flughafen GmbH einfließen müssen. Zunächst behauptete der Geschäftsführer „Ja“, später „Nein“! Das hat den ehemaligen Landrat des Kreises Steinfurt, Thomas Kubendorff, zu der Aussage veranlasst, Stöver habe den Kreistag Steinfurt getäuscht. Dessen Vertrag steht noch in 2015 zur Verlängerung an. Ein Bundesverkehrsflugfahrtkonzept wird im Frühjahr

Passagieraufkommen für Januar bis September 2015		
Flughafen	Passagieraufkommen	Abweichung Vorjahr
Bremen (BRE)	2 000 000	- 3%
Dortmund (DTM)	1 500 000	+ 1,2%
Düsseldorf (DUS)	17 200 000	+ 3,1%
Hannover (HAJ)	4 200 000	+ 4,3%
Köln/Bonn (CGN)	7 700 000	+ 7,2%
Münster/Osnabrück (FMO)	634 000	- 8,7%
Paderborn/Lippstadt (PAD)	611 000	+ 2,4%
Niederrhein/Weeze (NRN)	1 500 000	+ 8,3%
Dtsch. Flughäfen insgesamt		+ 4,3%

Quelle: Flughafenverband ADV

2016 erwartet. Darin könnte stehen, dass ein Schrumpfen der PassagierInnenzahl auch zu einem Schrumpfen oder auch Schließen von Regionalflughäfen führen sollte. Welcher der Flughäfen dann der letzte ist, den bekanntlich „die Hunde beißen“, weiß man noch nicht. Dazu wird der FMO allerdings kaum zählen, da er als internationaler, nicht als Regionalflughafen gilt. Ein Nachtflugverbot gilt auf den Flughäfen Nordrhein Westfalens derzeit für

Düsseldorf, jedoch nicht für Köln/Bonn. Das erstere hat aber bisher nicht dazu geführt, dass Passagiere auf den FMO ausweichen - was ein Argument dafür wäre, dass der FMO erhalten oder sogar ausgebaut werden sollte.

b.d.

Flugziele des Flughafens Münster-Osnabrück



Freies W-LAN für Telgtes gute Stube

Freifunk eröffnet neue Möglichkeiten

Vor einiger Zeit haben wir hier über unsere Bemühungen berichtet auf dem Marktplatz ein kostenloses W-LAN zu errichten. Etwa zwei Jahre nach dem Beginn dieser Bemühungen kann das Projekt wohl beendet werden.

Probleme waren unter anderem die Kosten. Diese würden für einen Internetanschluss und zwei Zugangspunkte, auf Markt und Kapellenstraße, bei etwa 1500 Euro jährlich liegen. Die hohen Kosten resultieren hauptsächlich aus den etwa 80 Euro monatlich für die Bereitstellung der HotSpots. Eine von uns

initiierte Anfrage an die Gastronomie zeigte, dass hier kein Interesse an einer finanziellen Beteiligung besteht. Projekt gescheitert könnte mensch daher sagen.

Könnte! Denn noch besteht Hoffnung, da sich das Internet und die mit ihm verbundene Technik rasant weiterentwickelt. Und so gründete sich eine Initiative mit dem Namen Freifunk. Freifunk hat sich zum Ziel gesetzt eine frei zugängliche W-LAN-Infrastruktur zu errichten. Alles was benötigt wird um einen HotSpot einzurichten, ist ein Internetanschluss und

ein Freifunk Router. Dieser Router kostet einmalig etwa 20 Euro und verschlingt im Jahr etwa fünf Euro an Strom. Mittels einer speziellen Software bindet sich der Router, einmal angeschlossen ans Internet, nun über eine sogenannte „Tunnelverbindung“ ins Freifunknetz ein. Beispielsweise führt der Tunnel zum Freifunk Rheinland e.V. der als nicht-kommerzieller Internet-Provider nicht der Störerhaftung unterliegt. Damit wird verhindert, dass im Falle eines Missbrauches, rechtliche Schritte gegen AnschlussinhaberInnen Erfolg

haben. Die Kapazität die der/die AnschlussinhaberIn jeweils zur Verfügung stellt kann frei gewählt werden. Somit kommt es auch nicht zu Einbußen in der eigenen Internetgeschwindigkeit. Lediglich die ungenutzten Potentiale werden abgeschöpft.

Im Juni hat der Landtag NRW beschlossen die Freifunk Initiative zu unterstützen und auch viele Kommunen stellen mittlerweile ihre Einrichtungen für Freifunkrouter zur Verfügung. An einigen Flüchtlingsunterkünften im Kreis wurden mittlerweile auch Freifunkrouter instal-

liert um den Flüchtlingen eine Kommunikation mit ihren Angehörigen zu ermöglichen. In Telgte gibt es aktuell etwa vier Freifunkrouter in Ferienwohnungen, Gaststätten oder Privathaushalten.

Für den Marktplatz besteht nun die Möglichkeit einen Internetanschluss in die Infosäule zu legen und einen Freifunkrouter anzuschließen. Die Kosten sinken dann auf etwa 360 Euro jährlich. Eventuell finden sich ja auch AnwohnerInnen oder Gewerbetreibende die ihr Internet zur Verfügung stellen wollen. So

Fortsetzung auf Seite 14

Der Ärger mit der Kreisumlage

Auswirkungen des Kreishaushalts auf Telgte

Alle Jahre wieder streiten sich der Landrat und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden darüber, wie hoch sie denn sein darf: Die Kreisumlage. Und der Streit ist berechtigt.

Die Städte und Gemeinden bringen ca. 1/3 des Kreishaushalts auf: 113 von 330 Millionen €. Wenn in Haus Nottbeck – das liegt ganz am Rande des Kreises, fast schon in Wiedenbrück, ein literarischer Abend angeboten wird, ist Telgte, finanziell gesehen – mit im Boot. Natürlich kommen die Ausgaben im Jugendhilfebereich auch Telgte zugute. Die Errichtung und der Betrieb von Kindertagesstätten wird gossenteils vom Kreis bezahlt. Der übernimmt auch die Betreuung von Bedarfsgemeinschaften im Rahmen des Arbeitslosengesetzes. Und die gibt's auch in Telgte.

Der Haken ist: Der Kreis bestimmt die Höhe der Umlage, die von den Städten und Gemeinden zu finanzieren sind. Umgekehrt geht's leider nicht, nämlich, dass die Gemeinden bestimmen könnten in welcher Höhe der Kreis bitteschön kommunale Projekte zu bezahlen habe.

Besonders ärgerlich: Städte, Gemeinden und Kreise sind von Bund und Land, die Aufgaben auf sie über-

tragen können, strukturell unterfinanziert. Die Gewerbesteuererinnahmen sind in erheblichem Maße von lokal bedingten Schwankungen beeinflusst, von daher als zuverlässige Einnahmequelle nur bedingt zu veranschlagen; ein/e Kämmerer/in, der/die sich für eine Erhöhung der Grundsteuer einsetzt, macht sich in der Kommune bei Hauseigentümern ebenso wie bei Mietern unbeliebt.

Was ist zu tun? Der Kreis sollte sich endlich von den stetig sinkenden RWE - Aktien endlich trennen und Geld in den Einsatz erneuerbarer Energien investieren. In Hausse - Zeiten waren die RWE - Aktien 73 € wert, jetzt gerade mal 13. Buchhalterisch sind sie gleichwohl noch mit 45 € bewertet, damit der Kreishaushalt ausgeglichen gestaltet werden kann. Die Aktien, bzw. deren Sinkflug, sollten in eine „Bad Bank“ ausgelagert werden, was freilich landesgesetzgeberische Maßnahmen erfordern würde.

Jedes Jahr schießt der Kreis Warendorf 430 000 € an den Flughafen Münster Osnabrück zu, weil Landrat und Geschäftsführer in den 90-er Jahren des letzten Jahrtausends meinten, eine zweite Abfertigungshalle bauen zu müssen. Mehr als 90 Millionen € Belastung bis 2023 für die Gesellschafter, u. a. den Kreis Warendorf.

Und dann sind da noch die Kleinigkeiten: Üppige Ausstattung der Berufsschulen, repräsentativer Umbau des Kreishauses – Entrées mit Granit, 53 000 € für neue Möbel im Ausschusszimmer. Die sind bequem, die purpurne Polsterung ist chic. Die Kosten für die Aufpolsterung der Stühle im Telgter Rathaus können leider nicht nach oben „umgelegt“ werden.

b. d.

Was geschah in den letzten zwei Jahren?

Wegen der bevorstehenden Kommunalwahlen senkte die Kreisverwaltung die Umlage zu Lasten der eigenen Ausgleichsrücklage, die sie vorzuhalten hat. Es gibt für 2016 faktisch keine ausreichende Reserve. Die ca. 60 Millionen €, die der Kreis pro Jahr an den Landschaftsverband Westfalen Lippe zu zahlen hat, werden ohnehin „nach unten durchgereicht“. Psychiatrische Betreuung muss sein. Der Spielraum ist gering.

Und ewig sinken die Gelder

Unzureichende Finanzausstattung der Kommunen

Anfang September war es wieder so weit, und der Bürgermeister musste wieder, wie auch schon im letzten Jahr, eine Haushaltssperre erlassen. Das bedeutet, dass die Verwaltung nur noch ihre Pflichtaufgaben erfüllen kann und sämtliche freiwilligen Ausgaben auf Eis liegen, bzw. einzeln von der Kämmererei genehmigt werden müssen. Bis 200 Euro mündlich, darüber hinaus schriftlich.

Hintergrund sind zum einen niedrigere Gewerbesteuern, zum anderen die höheren Ausgaben für die Unterbringung für Flüchtlinge. Beides

zusammen ergibt eine Lücke von etwa einer Million Euro. Glücklicherweise hatten sich die zunächst ebenfalls niedriger ausgefallenen Gewerbesteuern im Jahr 2014 im weiteren Verlauf des Jahres erholt und den ursprünglichen Ansatz nahezu erreicht. Durch die Einsparungen infolge der Haushaltssperre stellte sich das Gesamtergebnis wesentlich besser dar als veranschlagt, so dass die Million, die uns dieses Jahr fehlen wird, der „Ausgleichsrücklage“ entnommen werden kann. Der Haushalt 2015 wird also sein genehmigungsfähiges Defizit einhalten. g. k.



Bild: Lupo, pixelio

RWE-Aktien sind ein Klotz am Bein

Als die Grüne Fraktion 2007 den Verkauf der RWE-Aktien beantragte, hatten diese einen Wert von 64 Euro pro Aktie, woraus sich ein Verkaufswert von 480.000 Euro ergab. Der Verkauf wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die Stadt hätte ca. 120.000 Euro Kapitalertragssteuer

zahlen müssen. Mittlerweile haben die Aktien insgesamt einen Verkaufswert von unter 100.000 Euro – dumm gelaufen! Hinzu kommt, dass der sinkende Wert bilanzielle Berichtigungen notwendig macht und so auf die Haushaltsergebnisse schlägt.. g. k.

g. k.

Freies W-LAN

Fortsetzung von Seite 13

bestünde die Möglichkeit ein möglichst flächendeckendes Netz über die Innenstadt zu legen. Das Smartphone oder Tablet wählt sich dann in das jeweilige Freifunk Netzwerk ein. Einmal gespeichert passiert dies sogar, egal ob Sie in Telgte oder Münster oder Berlin ihr Handy einschalten.



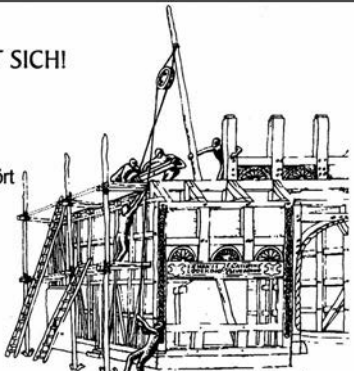
Wenn Sie also Interesse haben ihr Internet zur Verfügung zu stellen wenden Sie sich doch an die Freifunkinitiative Münsterland oder an uns. Wir bleiben auf jeden Fall am Ball und versuchen ein öffentliches W-LAN in der Innenstadt zu ermöglichen. m. h.

m. h.

ALTES ZU ERHALTEN LOHNT SICH!

Wir restaurieren für Sie:
 Fachwerk, Gauben, Dachstühle
 Alles was zu einem betagten Haus gehört

Wir bauen und entwerfen für Sie:
 Gartenhäuser, Pergolas, Verandas,
 und vieles mehr, fragen Sie uns



Zimmerei • Restaurierung
KLAAS STIEGEMEIER - OEHLEN
 Tel.: 02504 - 5959 in Telgte

AfD verlässt demokratisches Spektrum

Grüner Kreisverband fordert Konsequenzen



Viele Demoteilnehmer*innen der AfD-Demo in Oelde sind eindeutig dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen. Auf dem obigen Foto der Demonstration sind unter anderem Christoph Drewer (mit Brille), stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei „Die Rechte“ und Michael Brück (mittig schwarzer Mütze), Mitglied des Dortmunder Stadtrates für „Die Rechte“, zu sehen.

Anlässlich der Demonstration der AfD, sowie der Gegenkundgebung „Oelde steht auf“ am Montag, dem 16. Dezember, erklären Ursula Mindermann und Jessica Wessels, Sprecherinnen von Bündnis 90/Die Grünen:

Am Montag haben die Bürger*innen des Kreises Warendorf gezeigt, dass sie die Hetze der AfD nicht un widersprochen hinnehmen. Die Teilnehmerzahlen der Veranstaltungen zeigen deutlich: Unser Kreis ist bunt und tolerant. Wir danken dem Organisationskreis und sind erfreut über die große Teilnehmerzahl der Kundgebung „Oelde steht auf“.

Dennoch war der Montagabend ein Dammbbruch für die demokratische Kultur im Kreis Warendorf. Die AfD hat mit ihrer Demonstration ermöglicht, dass rechtsextreme Kader wieder durch Gemeinden im Kreis Warendorf marschieren können. So lassen sich zahlreiche Teilnehmer*innen der Demonstration eindeutig organisierten rechtsextremen Strukturen zuordnen. Die Partei „Die Rechte“ hat bereits im Vorfeld und ohne Widerspruch der AfD zur Teilnahme an der Demonstration

in Oelde aufgerufen. Auch im Nachgang feiern sie ihre Teilnahme mit einer eigenen Mitteilung. Es ist eindeutig dokumentiert, dass die AfD bis kurz vor dem Ende ihrer Veranstaltung Seite an Seite mit der Partei „die Rechte“ demonstriert hat.

So wurden insbesondere beim Demozug durch die Innenstadt zahlreiche Parolen der rechtsextremen Kader von einem Großteil der Demonstrationsteilnehmer der AfD-Demo aufgegriffen. Damit zeigt die AfD mehr denn

je ihr wahres Gesicht. Auch in der Bewertung der Demonstration durch die AfD erfolgte keinerlei Distanzierung von den zahlreichen rechtsextremen Kadern. Stattdessen wird seitens der AfD „die ständige Disziplin des Demonstrationzuges und das friedliche Verhalten aller Teilnehmer“ gelobt.

Dieser Entwicklung müssen sich alle Demokraten deutlicher entgegenstellen als mit einer einfachen Gegenkundgebung. Die Parolen und das Auftreten der AfD im Kreistag haben wir politisch bereits deutlich abgelehnt, doch das gemeinsame Marschieren und somit die Ermöglichung eines Naziaufmarsches in unserem Kreis fällt in eine andere Kategorie. Dieses Verhalten gefährdet unsere Demokratie und wir müssen alle demokratischen Hebel nutzen, uns dagegen zu stellen. Daher wünschen wir uns als eine wichtige Maßnahme die Entwicklung eines Konsens unter den demokratischen Parteien in Ablehnung an den „Schweriner Weg“. Den demokratischen

Parteien und Fraktionen im Kreis Warendorf unterbreiten wir dementsprechend folgenden Vorschlag eines gemeinsamen Vorgehens:

1. Die demokratischen Parteien sollen keine Mehrheiten nutzen, die nur durch die AfD zustande kommen.

2. Die demokratischen Parteien sollen keine Veranstaltungen außerhalb des Kreistages besuchen, auf welche auch die AfD eingeladen ist.

3. Die demokratischen Parteien sollen selbstverständlich keine Anträge der AfD unterstützen.

Die AfD im Kreis Warendorf steht jenseits unseres demokratischen Grundkonsenses. Das müssen wir jetzt deutlich machen. An alle Teilnehmer*innen der AfD-Demonstration richten wir den deutlichen Appell: Machen Sie sich bewusst, mit wem Sie demonstrieren. Machen Sie sich bewusst, wem Sie den Weg bereiten. Wenden Sie sich nicht ab von unserer Demokratie!

B 90/ Die Grünen, Kreisverband Warendorf



Gesellschaft am Scheideweg

Zeit der Entscheidung

Eigentlich eine mehr oder weniger hohle Phrase, die am beliebtesten vor Bundestags- oder inzwischen auch vor Landtagswahlen verwendet wird, um zu polarisieren und die Wichtigkeit des eigenen Standpunktes zu betonen, während die Menschen das Gefühl haben, dass sich durch die Wahlen sowieso nichts ändert und am Ende nach Schlipps und Nase gewählt wird.

So ist die Situation derzeit allerdings nicht: Polarisieren ist wirklich nicht nötig und manch eine/n überkommt ein ziemlich beunruhigendes Gefühl, angesichts der Herausforderungen, die sich stellen und der Fragen, die beantwortet werden müssen.

Erste Frage: Wie viele Flüchtlinge können wir aufnehmen? Die Suche nach der Antwort wirft als erstes weitere Fragen auf: Wie verändert sich unser Land, wenn wir so oder wenn wir anders handeln? Auf welchen Grundsätzen fußt unser Asylrecht und können diese Grundsätze je nach Bedarf über Bord geschmissen werden? Was macht das mit unserer Gesellschaft, mit unserem gesellschaftlichen Grundverständnis? Wie sehen wir uns in die Augen, nachdem wir uns darauf geeinigt haben - und das wird die zwingende Konsequenz einer Abschottung sein -, dass wir einen Zaun bauen, diesen auch bewachen und unzählige Menschen letztendlich in den Tod schicken? Geht das ohne „Schießbefehl“?

Natürlich dreht sich die Dis-

kussion um Moral und um Menschlichkeit. Sie dreht sich aber auch um die Frage, was für eine Welt wir uns bauen! Wollen wir in zehn Jahren in unserer „Festung Europa“ sitzen und die Menschen in den Kriegen, die wir selbst mit verursacht haben sterben lassen? Und die Menschen, die sich auf den Weg machen, wenn der Klimawandel weiter voranschreitet, für den wir ebenfalls zu großen Teilen mit verantwortlich sind? Weil wir das Elend dieser Welt, die Elenden dieser Welt, die wir selbst zu Elenden gemacht haben, nicht retten können? Weil wir es nicht können oder weil wir nicht wollen?

Warum gibt der Bundesfinanzminister nicht seine schwarze Null auf, gibt den Kommunen in Deutschland sieben Milliarden und in die Flüchtlingslager im Libanon, in der Türkei, in Griechenland und in Italien weitere fünf Milliarden, um die Menschen dort anständig zu versorgen? Weil er weiß, dass das nur der allererste Schritt von vielen wäre. Weil er weiß, dass eine tragfähige Lösung wesentlich tiefer gehen müsste. Weil er weiß, dass wir dann keine Waffen mehr exportieren dürften, weil wir dann die militärisch initiierte Destabilisierungspolitik der USA ächten und unterbinden müssten, weil wir uns auch mit Russland und China anlegen, und weil wir den Klimawandel stoppen oder zumindest lindern müssten. Das, so wird wohl fast jede/r sagen, das wird nicht funktionieren. Aber wie lautet denn die

Alternative? Weiter machen wie bisher? Ein westlich dominiertes System militärisch sichern, das längst bewiesen hat, dass es für diese Welt nicht funktioniert? Ist denn überhaupt zu erwarten, dass wir in Europa von Kriegen und anderen Katastrophen verschont bleiben werden, indem wir uns das Elend der Welt versuchen vom Hals zu halten? Nein, natürlich nicht! Die Entwicklung wird weiter gehen, ob wir hinsehen oder nicht. Die Großmächte werden sich weiter um den Nahen Osten streiten und der Konflikt kann sehr schnell auf uns überspringen. Wir müssen für Frieden sorgen und das geht nicht mit Waffen. Wenn das Weltgeschehen von Menschen gemacht wird, dann stellt sich doch die Frage, welche Menschen denn für das aktuelle Weltgeschehen verantwortlich sind. Und warum können wir gegen die nichts machen? Weil sie zu mächtig sind? Nehmen wir ihnen die Macht! Weil es zu viele sind? Werden wir mehr!

Vieles gerät ins Wanken. Wir laufen in eine Regierungskrise und in eine Europakrise. Der Ausgang ist ungewiss. Wir brauchen eine ganz andere, eine neue Politik, die die Welt im Auge hat und nicht nur Teile davon und die nicht von Profiten gesteuert wird.

Am Ende bleiben nur zwei Fragen, und die sind nicht ganz neu: Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?

g.k.

Berichtigung zum Artikel: Irland sagt Ja

Im oben genannte Artikel der letzten Ausgabe - es ging um die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare - stand: „Und auch auf dem aktuellen Landesparteitag der CDU in Nordrhein-Westfalen kommt der Stein schon ins Rollen. Die CDU-NRW hat sich für die Öffnung der Ehe ausgesprochen.“

Die Abstimmung der CDU erfolgte kurz vor Druck des Pöggskén und verlief anders als gedacht, deshalb sollte der Text wie folgt verändert werden: „Und auch auf dem Landesparteitag der CDU in Nordrhein-Westfalen, Mitte Juni, kam Bewegung in die Diskussion. Aber noch wurde der Antrag der Jungen Uni-

on zu Öffnung der Ehe abgelehnt.“

Leider hat die Änderung es nicht mehr ins Pöggskén geschafft. Sorry!

b.s.

ZWEIRAD ROSS
WWW.ZWEIRAD-ROSS.DE

SCHÜRENSTRASSE 7-9 • SASSENBERG • TEL.: 02583/1005

Das neue Pedelec mit integriertem Akku, leistungsstarkem Impulse Evo Motor und LCD-Smart-Display. Vernetzt mit Ihrem Smartphone zeigt das Display den Weg zum gewünschten Ziel.



INTEGRALE

Kalkhoff
my bike

Jetzt schon ans Schenken denken!

>> Leinwandbilder mit Telgte-Motiven oder eigenem Foto mit hochwertigem Keilrahmen, z.B. 20x20 cm, 40x20 cm, 40x40 cm oder 60x40 cm

ab **22,55**



druck und mehr GmbH



Bahnhofstraße 10 | 48291 Telgte | info@druckundmehr.com
www.druckundmehr.com | Tel. 0 25 04 - 73 95 80

SOLAR KONZEPT

- Photovoltaik
- Thermische Solaranlagen
- Pelletheizungen
- Prüfung von Solaranlagen

• Verkauf • Beratung • Planung • Montage •

W. Schneider-Reif
Kleikamp 2
48351 Everswinkel

Tel.: (02582) 9022 16
Fax: (02582) 9021 65
www.solar-konzept.net

Grün trifft ... Polizeipräsident

Interview mit Hubert Wimber

Hubert Wimber war bis zu seiner Pensionierung im Mai diesen Jahres Polizeipräsident von Münster. Bereits während seiner Dienstzeit, besonders aber seit seiner Pensionierung, setzt er sich für die Legalisierung von Cannabisprodukten ein. Dazu ein Interview mit Hubert Wimber:

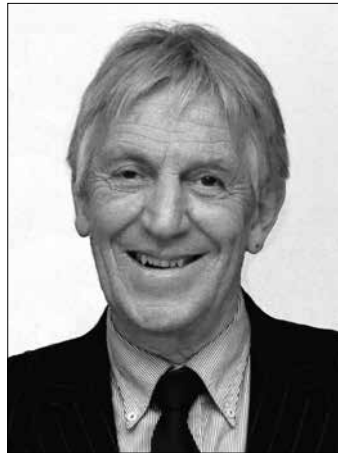
Dat Pöggskén: Lieber Hubert, wie hat sich Dein Leben seit Deiner Pensionierung verändert? Kommst Du mit der vielen Freizeit zurecht?

Ich bin seit dem 01. Juni 2015 im sogenannten Ruhestand. Das bedeutet zunächst mehr frei disponible Zeit. Ich konnte den superschönen Sommer genießen, einen ausgedehnten Urlaub machen und mehr Zeit auf dem Rennrad verbringen, als dies während meiner aktiven Dienstzeit möglich war. Und ich kann mir jetzt die Themen aussuchen, mit denen ich mich gerne beschäftige, z.B. das Thema Drogenprohibition und dies ohne die Zwänge des Amtes eines Polizeipräsidenten. Unter dem Strich bin ich mit diesem Lebensabschnitt bisher sehr zufrieden.

Du sprichst Dich schon seit geraumer Zeit für die Legalisierung von Cannabisprodukten aus. Warum?

Die mit der Strafverfolgung auf der Grundlage des Betäubungsmittelgesetzes angestrebten Ziele sind eklatant verfehlt worden. Die Verhinderung und Reduzierung von Schäden durch Suchtmittelkonsum sind die erklärten Grundprinzipien einer prohibitiven Drogenpolitik. Das heißt, die Strafbarkeit soll Menschen möglichst davon abhalten, Drogen zu konsumieren bzw. die Menschen, die Drogen konsumieren dazu bewegen, möglichst wenig zu konsumieren und mit dem Konsum möglichst spät anzufangen. Zahlreiche auch internationale Studien, wie z.B. die Analysen der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht, belegen, dass nichts davon eingetreten ist. Jeder 4. Erwachsene in Deutschland hat mindestens einmal in seinem Leben Cannabis konsumiert was zeigt, dass Cannabiskonsum trotz

jahrzehntelanger restriktiver Cannabispolitik einen hohen Grad an Akzeptanz und Normalität hat. Außerdem kennen kriminelle Märkte keine Produktkontrolle und keinen Jugendschutz.



H. Wimber, Polizeipräsident a. D.

Diese Einstellung erscheint ja für einen ehemaligen Polizeipräsidenten eher ungewöhnlich. Hatten Deine beruflichen Erfahrungen Einfluss auf Deine Meinungsbildung?

Ja natürlich. Ich bin mit dem Thema als Polizeipräsident zum ersten Mal 2001 konfrontiert worden. Damals ging es, nachdem im Betäubungsmittelgesetz die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen worden waren, um die Einrichtung eines Drogenkonsumraums in Münster. An dieser Diskussion habe ich mich intensiv beteiligt, vor allem unter der Fragestellung, wie eine Polizeibehörde mit Strafverfolgungszwang mit einer Einrichtung umgeht, in der illegale Drogen, ganz überwiegend Heroin, konsumiert werden. Die Beschäftigung mit dem Thema hat bei mir zu der Erkenntnis geführt, dass die negativen gesundheitlichen und sozialen Folgen für DrogenkonsumentInnen weniger auf den Wirkstoffen der konsumierten Substanz sondern vielmehr auf den Bedingungen der Illegalität beruhen.

Wie würdest Du Dir die Abgabe von Cannabisprodukten vorstellen?

Die Stichworte dazu lauten Entkriminalisierung und Regulierung. Entkriminalisierung, weil nur der Wegfall der Strafbarkeit Betroffenen mit risikoreichen Konsummustern den Weg in eine freiwillige Be-

ratung und gegebenenfalls erforderliche Therapie eröffnet. Regulierung, weil natürlich alle psychoaktiven Substanzen ein Gefährdungspotential haben. Der von der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen im März 2015 in den Bundestag eingebrachte Entwurf für ein Cannabiskontrollgesetz weist den richtigen Weg, indem er darauf abzielt, einen regulierten Markt zu schaffen, der einerseits den Gebrauch von Cannabis für Erwachsene ohne strafrechtliche Folgen ermöglicht, andererseits alle Aspekte der Produktion und der Abgabe, hier insbesondere beim Jugendschutz, Regeln unterstellt.

Du siehst ja in einer Legalisierung (fast) nur Vorteile. Wieso ist die Gesetzeslage so wie sie ist? Was bringt den Gesetzgeber zu einem anderen Schluss?

Eine gute Frage, die ich mir auch seit langer Zeit stelle. Es ist festzustellen, dass der verfügbare Wissens- und Forschungsstand von der herrschenden Politik, insbesondere auch von der amtierenden Bundesdrogenbeauftragten, nicht zur Kenntnis genommen wird. Was ich wahrnehme ist bei den ProhibitionsbefürworterInnen das Selbstbild der „guten Absicht“, also die Sorge um die Abhängigen und Gefährdeten.

Verbunden ist dies regelmäßig mit den moralisierenden Kategorien von „gut“ und „böse“. Gute Drogen, wie z.B. Alkohol als abendländisches Kulturgut, da bin ich mit meinem eigenen Konsum auf der si-

cheren Seite, und den bösen (= illegalen) Drogen mit hohem Abhängigkeits- und Verelendungspotential.

Spielen wirtschaftliche Interessen eine Rolle? Etwa die der Kunststoffindustrie, die Hanf als Rohstoff vom Markt haben will? Wirkt das organisierte Verbrechen, das ja in erster Linie von der aktuellen Gesetzeslage profitiert, in die Politik hinein?

Nein, das sehe ich nicht. Ich bin da kein Anhänger von Verschwörungstheorien. Einen Einfluss der organisierten Kriminalität auf die Gesetzgebung habe ich in meiner Dienstzeit nicht wahrgenommen. Deutlich anders zu beurteilen ist die Situation in vielen Anbau- und Transitländern. Hier wird aus den Profiten der organisierten Drogenkriminalität der Terrorismus finanziert



und beispielsweise in Mexiko hat der „War on Drugs“ zu einer spürbaren Verschlechterung der Menschenrechtssituation geführt.

Der Schildower Kreis ist ein Netzwerk aus Einzelpersonen, die beruflich mit Problematiken um den Umgang mit Drogen konfrontiert sind oder in dem Bereich forschen und in dem auch Du aktiv bist. Dieser Kreis hat eine Resolution an den Bundestag gerichtet, für die er u. A. 122 Professorinnen und Professoren aus juristischen Fakultäten in ganz Deutschland als ErstunterzeichnerInnen gewinnen konnte, in der das Betäubungsmittelgesetz als Verfassungswidrig bezeichnet wird.

Kannst Du das erläutern?

Die UnterzeichnerInnen sind immerhin die Mehrheit der deutschen Strafrechtsprofessorinnen und -professoren. Das Strafrecht als härteste staatliche Sanktion menschlichen Verhaltens, unterliegt in einem Rechtsstaat verfassungsrechtlichen Bindungen, nämlich dem Postulat der Verhältnismäßigkeit. Danach muss das Strafrecht für die intendierten Ziele geeignet und erforderlich sein und darf nicht gegen das Übermaßverbot im Sinne einer angemessenen Mittel/Zweckrelation verstoßen. Diese Voraussetzungen sind nach der Expertise der UnterzeichnerInnen angesichts des heutigen Wissensstandes nicht mehr erfüllt. Vielmehr gibt der Staat mit der aktuellen Cannabispolitik die Kontrolle über den Drogenmarkt auf und verfehlt damit systematisch den Gesetzeszweck der Strafbarkeit.

Würdest Du auch härtere Drogen legalisieren?

Da Cannabis die deutlich am häufigsten konsumierte illegale Droge ist und das Gefährdungspotential für CannabiskonsumentInnen relativ gering ist, ist die gegenwärtige Fokussierung der Entkriminalisierungsdiskussion auf Cannabis richtig. Selbstverständlich gelten die beschriebenen negativen Folgen für einen Konsum unter kriminellen Bedingungen auch für die sogenannten „harten“ Drogen und, was die gesundheitlichen Risiken angeht, sind diese Folgen oft noch gravierender. Deshalb werden mittelfristig auch diese Substanzen entkriminalisiert werden müssen.

Wagst Du eine Prognose, wann die Legalisierung kommt?

Was Cannabis angeht bin ich angesichts der immer größer werdenden Zahl von KritikerInnen der herrschenden Drogenpolitik optimistisch. Also, ich prognostiziere mal, dass Mitte der 2017 beginnenden Legislaturperiode im Bund das Betäubungsmittelgesetz entsprechend geändert wird.

Vielen Dank, Hubert, für das Interview.

Jung kauft alt

Erfahrungsbericht eines jungen Paares mit einem alten Haus

In meiner Nachbarschaft hat eine kleine Familie ein Haus für sich saniert. Für „Dat Pöggsken“ frage ich nach den Erfahrungen.

Dat Pöggsken: Ihr habt erst in Telgte in einer Mietwohnung gewohnt?

Uns war schnell klar, dass wir nach Ende des Studiums wieder zurück in die Heimat ziehen wollten. Wir hatten beide das Glück, in zwei mittelständischen Unternehmen im Umkreis von Telgte einen Arbeitsplatz zu bekommen und wir ergatterten eine Mietwohnung in einer alteingesessenen, gewachsenen Siedlung. Von dort sind wir nach kurzer Zeit in die Immobilien-, Grundstückssuche gestartet.

Relativ schnell war klar, dass die Art der Immobilie mehr vom Angebot auf dem umkämpften Immobilienmarkt abhängen wird, als von unseren Wünschen. Schnell stellten wir fest, entschied man sich nicht innerhalb von wenigen Tagen, teilweise sogar Stunden, war die Konkurrenz schneller. Somit bereiteten wir frühzeitig alle relevanten Dinge in Absprache mit Banken und Architekten vor.

Nach einer ersten Besichtigung mit einem Immobilienmakler machten wir uns an die Planungen. Bei der Aufteilung des Hauses wollten wir gerne einiges ändern und natürlich die technische Ausstattung des Hauses auf den aktuellen Stand bringen. Und, nicht zu vergessen, natürlich die energetisch notwendigen Änderungen, wie neue Isolierung, neue Fenster, Hohlraumdämmung der Außenfassade, neue Außentür usw.

Natürlich war hierzu eine große Sanierung notwendig, und auch eine Modernisierung und Öffnung des Grundrisses war von uns gewünscht, doch die Basis stimmte. Um auch bei der baulichen Substanz auf Nummer sicher zu gehen ließen wir einen Gutachter noch einmal die Immobilie überprüfen.

Nachdem auch dieser unseren ersten positiven Eindruck bestätigte, traten wir in Kontakt zum Besitzer. Hierbei zeigte sich relativ schnell, dass dem Eigentümer sehr wichtig war, dass sein Haus weiterbewohnt und nicht abgerissen werden sollte.

Nachdem man sich so einigen konnte, konkretisierten sich unsere Pläne immer mehr.



Nach etwa eineinhalb Jahren konzentrierter Suche, wurden wir auf eine Immobilie in direkter Nachbarschaft aufmerksam. Ein Eckgrundstück, bebaut mit einem roten Backsteinhaus im Charme der 60er Jahre. Der Vorbesitzer wollte altersbedingt sein Eigentum abgeben.

Wir sprachen mit einem Energieberater unseren geplanten Maßnahmen durch, um auch die Förderungsmöglichkeiten der KfW Bank in Anspruch nehmen zu können und das Haus in den bestmöglichen Energiestandard zu heben. Der Energieberater half uns auch ebenso wie



erfahrene Familienmitglieder, den Gesamtumfang der Umbauarbeiten möglichst kurzfristig realistisch einzuschätzen. Denn dieses war schon für die konkrete Finanzierung und auch für den vertraglichen Erwerb des Objekts notwendig, der innerhalb von zwei Wochen über die Bühne gehen sollte.

Ihr konntet die Immobilie dann kaufen, wie ging es weiter?

Wir planten eigenständig und ließen die geplanten Änderungen aber noch einmal von einem Statiker freigeben. Durch diesen erfuhren wir dann auch, dass alle Wände im Haus tragende Elemente seien, die alle durch Unter-/Oberzüge ersetzt werden mussten. Dieses ließ sich dann nur mit Hilfe zahlreicher Freunde realisieren. Generell erfolgte der gesamte Umbau in Eigenregie und nur ein sehr geringer Teil der Maßnahmen wurden durch Firmen umgesetzt. Somit schafften wir in rund sieben Monaten, die Kernsanierung unseres

neuen Heimes umzusetzen. Diese sieben intensiven, aber auch anstrengenden Monate waren durch die ständige Beschäftigung mit dem Umbau geprägt, jeden Tag.

Zu welchem Ergebnis kommt Ihr, wenn Ihr zurückschaut?

Wir sind sehr zufrieden mit unserem Eigenheim und froh, dieses Haus mit Charakter und Geschichte gefunden zu haben. Wir schätzen die gewachsene Umgebung, die zentrale Lage und den Garten. Finanziell und vom Arbeitsaufwand muss man sicherlich sagen, dass so ein Projekt nur dann lukrativ ist, wenn man die Lust und das Können hat, selbst Hand an zu legen und viel Zeit und Kraft zu investieren. Aber dann hat man auch die Chance, sich sein Haus mit Charakter ganz persönlich zu formen.

Vielen Dank, für das Interview und weiterhin alles Gute!

b.s.

Regionale Infos

Mehr als 70 Prozent der Wohngebäude im Kreis Warendorf sind vor 1989 gebaut worden, und in Telgte wird die Zahl noch höher liegen. In vielen Fällen macht eine Sanierung da Sinn. Eine höhere Energieeffizienz ist nützlich für Bewohner und Umwelt. Aber nicht nur Kostensparnis und Umweltschutz sprechen für eine Modernisierung, auch erhöhter Komfort und eine Anpassung an die eventuell veränderten Lebensverhältnisse sind gute Gründe. Aber bevor eine Sanierung angegangen werden kann, müssen viele Entscheidungen getroffen werden.

Das Land NRW hat mit einigen Kreisen und Städten die Initiative ergriffen und bietet eine Vielzahl an Informationen zu energetischen Sanierung von Wohngebäuden und Förderprogrammen auf einer Internetseite an.

www.alt-bau-neu.de

Da der Kreis Warendorf beim Klimaschutz punkten möchte, hat er die Aktion Altbau ins Leben gerufen. Bei der Aktion sollen Menschen, die Informationen zum Thema Altbau brauchen und Menschen, die Erfahrung und Wissen in diesem Bereich haben, zusammengebracht werden. Unterstützt wird die Aktion von der Handwerkskammer Münster, der Kreishandwerkerschaft Steinfurt-Warendorf, RWE, Sparkasse Münsterland-Ost und vom Fachbereich Architektur der FH Münster.

www.aktion-altbau.de

Wer lieber Vorort eine Beratung zu Fragen rund um die Themen Energieeffizienz und Fördermittel möchte, kann diese einmal im Monat Donnerstags von Marco Imberge, Klimaschutzmanager der Stadt Telgte, erhalten. Die Beratung erfolgt in Kooperation mit der ETO.

www.stadtwerke-eto.de/energie-umwelt/energieberatung

Glückwunsch zur fahrradfreundlichen Stadt

Arndt Klocke gratuliert zur Mitgliedschaft in der AGFS



Telgte ist 72. Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Fahrrad- und Fußgängerfreundliche Städte NRW (AGFS).

Wenn mich vor einigen Monaten jemand gefragt hätte, ob Telgte dort bereits Mitglied ist, hätte ich die Frage ohne nachzusehen aus dem Bauch heraus mit „Ja“ beantwortet. Aber bislang wurde

ja kein Antrag gestellt, doch dies hat sich zum Glück geändert. Die Stadtverwaltung hatte sich für die Bereisung am 8. Juni gut vorbereitet. Die Hausaufgaben wurden vorher erledigt, unter der Führung von Bürgermeister Wolfgang Pieper stellte sich Telgte der Herausforderung der AGFS-Jury. Es gab bei der anschließenden Auswertung

im Rathaus lediglich kleinere Kritikpunkte für Nachbesserungen. Glückwunsch nach Telgte, ihr habt es verdient!

Arndt Klocke, MdL,
verkehrsministerialer Sprecher



Eine Urkunde und zwei Schilder für den Ortseingang wurden Wolfgang Pieper im Kreise von Rat und Verwaltung durch Winfried Pudenz und Christine Funke vom NRW-Verkehrsministerium überreicht.



HERBST
AN
BEVER
UND
EMS



Kontaktadressen

Ortsverband:
Marian Husmann
Münsterstraße 5
48291 Telgte
Tel: 9335136

Ratsfraktion:
Sabine Grohnert
Hasenkamp 45
48291 Telgte
Tel. 7 70 96

